Abendausgabe

Nr. 533 / B 264 — 44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 3,50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag 10. November 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Hindenburg-Müdigkeit.

Randbemerkungen zum Ergebnis der Hindenburgspende.

Rund sieben Millionen Mark hat, wie jetzt in der Regierungspresse bestätigt wird, die Hindenburg-Spende gebracht. Es gibt Leute, die dieses Ergebnis noch großartig finden. Man muß daher so ruhig und objektiv wie nur irgend möglich fragen, was bedeuten diese sieben Millionen als Ehrung für den Präsidenten einen 60-Millionen-Volkes?

Nackte Zahlenrechnung sagt, daß auf den Einwohner gerechnet, 7:60 Millionen Mark entfallen. Das sind pro Kopf und Nase 11⅔ Pfennige — ein niederschmetterndes Ergebnis, auch wenn man noch so sehr mit der Verarmung renommiert.

Einziger Trost ist, daß das Sechzigmillionenvolk auch Kinder und Angehörige ohne eigenes Verdienst umfaßt. Nehmen wir an, daß nur die Wahlberechtigten der letzten Präsidentenwahl und selbst von ihnen nur diejenigen ein Interesse an der Spende haben konnten, die auch von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht haben. (Diese Annahme ist bereits sehr von Vorteil für die Freunde der Spende, denn man weiß, daß ja auch unter Kinder gesammelt und manche treudeutsche Sparbüchse strapaziert wurde.) Bei der zweiten Präsidentenwahl gaben 30,5 Millionen Staatsbürger ihre Stimmen ab. 7:30 gleich rund 23 Pfennige pro Kopf.

Aber nicht alle deutschen Wahlberechtigten haben Hindenburg gewählt, sondern nur 14 655 641. Nimmt man an — was wiederum nur für Hindenburgs Freunde sehr günstig wäre —, daß nur diese gespendet haben, so kommt man noch immer nicht auf eine halbe Mark pro Kopf. Tatsächlich aber hat der Reichskanzler Marx, haben Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei für die Hindenburg-Spende agitiert, obgleich sie fast geschlossen bei der Präsidentenwahl gegen Hindenburg gestimmt hatten. Man muß also die Zahl der Freunde der Hindenburg-Spende auf etwa 20 Millionen Menschen — ungerechnet die Kinder — beziffern. Dann verteilen sich die sieben Millionen Mark auf 20 Millionen wahlberechtigte und zahlungsfähige Mitbürger. Jeder brachte 35 Pfennige auf.

Man vergleiche damit, was die Arbeiterschaft, was die Minderbemittelten, was Arbeiter und Angestellte für Opfer zu bringen pflegen, wenn es um ihre Sache geht. Denn — und das ist ein entscheidendes Moment — die Hindenburg-Freunde umfassen ja den ganzen Großbesitz. 7 Millionen Mark sind ein Bruchteil dessen, was ein großer Industriebetrieb oder eine Großbank in einem einzigen Geschäftsjahr als Gewinn ausschüttet oder als neues Kapital auf Abschreibungen verbucht. 7 Millionen sind ein lächerlicher Betrag, gemessen an dem Einkommen unserer Großgrundbesitzer. 7 Millionen sind ein winziges Teilchen dessen, das der Rechtsblock dem Besitz an Steuern spart. 7 Millionen sind kaum ein einziges Prozent des Geschenkes von über 700 Millionen, das allein die Ruhrindustrie im Jahre 1924 dem Reichssäckel abnahm und mit entschiedenem Ruck einsackte.

Sieben Millionen Hindenburg-Spende sind eine Blamage für den Rechtsblock, ein Beweis für die Jämmerlichkeit der großen patriotischen Worte, die sich bei einem Appell an den Opferwillen des Besitzes in schäbige Kupferpfennige verwandeln.

Oder sollte nicht gar ein anderer Schluß gerechtfertigt sein? — Die Hindenburg-Parole, mit der die Deutschnationalen den nächsten Wahlkampf bestreiten wollen, hat gleichermaßen bei den breiten Volksmassen wie beim Besitz keinen Widerhall gefunden. Dieser Schluß zwingt sich geradezu auf, wenn man das klägliche Ergebnis der pomphaft propagierten Spende für den „Vater des Vaterlandes" sieht. Das Volk als Ganzes ist müde jener von den Freunden Hindenburgs geübten Praxis, den Reichspräsidenten vor ihren parteipolitischen Karren zu spannen, ist müde der Unfähigkeit des Rechtsblocks, der Verlogenheit der Deutschnationalen.

Nur so löst sich das Rätsel. Und die Lösung ist ein Warnungszeichen für den Bürgerblock, ein Alarmzeichen für seine Gegner, dieses ganz haltlose System mit den nächsten Wahlen auszurotten.

Schulgesetz soll durchgepeitscht werden.

Neuer Versuch zur Beschränkung der Redefreiheit.

Die heutige Sitzung des Bildungsausschusses im Reichstag begann mit einem neuen Versuch der Rechten, die Redefreiheit einzuschränken, um das Schulgesetz in möglichst kurzer Zeit durchzupeitschen. Der Vorsitzende Abg. Mumm teilte nämlich mit, daß ein Antrag eingegangen sei, der eine Beschränkung der Redezeit fordere. Die Linke erhob gegen die sofortige Abstimmung darüber Widerspruch; sie wurde zurückgestellt, damit die Fraktionen zu dem Antrag Stellung nehmen können.

Dann wurde die Beratung des zweiten Abschnittes des § 1 fortgesetzt. Die Anträge der Linken wurden abgelehnt, dieser Abschnitt sowie der dritte Abschnitt des gleichen Paragraphen erhielt die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Fassung.

Bei den Bürgermeisterwahlen in England sind 35 Arbeiterparteiler, 60 Liberale, 165 Konservative und 40 politisch Unabhängige gewählt worden. In Liverpool wurde eine Frau Lordmayor.

Arbeiterleben in Rußland.

Eine Denkschrift der leninistischen Opposition gegen amtliche Schönfärberei.

Zum 15. Parteitag der Russischen Kommunistischen Partei haben dreizehn Mitglieder des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission eine Denkschrift überreicht, die den Titel trägt: „Entwurf einer Plattform der leninistischen Bolschewiki (Opposition)." Die Denkschrift, die für die Geschichte des Bolschewismus ein wichtiges Dokument darstellt, wird soeben im Verlag „Fahne des Kommunismus" in deutscher Sprache herausgebracht mit dem Bemerken, daß das Zentralkomitee der Russischen Kommunistischen Partei die Veröffentlichung abgelehnt hat. Die Denkschrift umfaßt 70 enggedruckte Seiten und behandelt systematisch alle Fragen, die zwischen der Mehrheit und der Minderheit der russischen Kommunistenpartei aufgetaucht sind. Sie vermeidet den groben Schimpfton, der in den inneren Debatten des Kommunismus üblich ist — erst heute beschimpft wieder die „Rote Fahne" die hündisch angebeteten Führer Trotzki und Sinowjew als „plump und frech" — und ist rein sachlich gehalten. Sie beginnt mit einer Kritik der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik. Das Privatkapital nimmt im Umsatz durch Handelsvermittlung mehr als ein Fünftel des Gesamtumsatzs ein, das heißt mehr als fünf Milliarden im Jahr.

Der Massenkonsument erhält die für ihn notwendigen Produkte zu mehr als 50 Proz. aus den Händen des Privatkapitalisten,

dessen Rolle auch in der Industrie sehr bedeutend ist. Die privatkapitalistische steuerlich erfaßte Industrie hat eine Bruttoproduktion von 400 Millionen jährlich, die kleine hausindustrielle und handwerksmäßige von mehr als 1800 Millionen. Die nichtstaatliche Industrie erzeugt fast vierzig Prozent der Warenmasse des breiten Marktes. Die Landwirtschaftssteuer lastet schwer auf den wirtschaftlich Schwachen, leichter auf den Starken (Kulaken). Die Rolle der indirekten Steuern wächst bedrohlich auf Kosten der direkten.

Die Besteuerung der Arbeiter war 1925/26 doppelt so hoch wie im Vorjahre,

während die Besteuerung der übrigen städtischen Bevölkerung um 6 Proz. fiel. Die Schere der landwirtschaftlichen und industriellen Preise erweitert sich. Der Bauer erhält für seine Produkte nur 1,25 Proz. des Vorkriegspreises, muß aber Industriewaren 2,2mal so teuer bezahlen. 25 Millionen kleiner Wirtschaften bilden die Grundquelle der kapitalistischen Tendenzen. Die aus der Masse sich aussondernde Spitze der Kulaken, der wohlhabenden Bauern, verwirklicht den Prozeß der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation und unterminiert die Positionen des Sozialismus. Der Arbeiterlohn ist bis Herbst 1925 gestiegen, hat sich aber seit 1926 wieder gesenkt. Die Senkung wurde erst in diesem Jahre überwunden. Am Realwert gemessen, ist das Ausgabenbudget einer Arbeiterfamilie seit 1924/25 kleiner geworden. Die Rationalisierung hat die Lage der Arbeiter verschlechtert. Von den 1 600 000 Landarbeitern sind nur 20 Proz. von den Gewerkschaften erfaßt; ihr Lohn beträgt nicht mehr als 63 Proz. des Vorkriegslohnes.

Der Arbeitstag beträgt selten weniger als zehn Stunden,

in der Mehrzahl der Fälle ist er faktisch überhaupt nicht begrenzt. Die Arbeitslosigkeit wird offiziell im April 1927 auf 1 478 000 angegeben, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen beträgt ungefähr 2 Millionen. Die mittlere Höhe der Unterstützung beträgt 11,9 Rubel, das heißt ungefähr 5 Vorkriegsrubel oder 10 Mark. Die Zahlungen der Industrie für den Arbeitsschutz sind vollkommen ungenügend. Im Jahre 1925/26 kamen auf 1000 Arbeiter in den Großbetrieben 97,6 Unfälle mit vollkommener Arbeitsunfähigkeit. Jeder zehnte Arbeiter erleidet in einem Jahre einen Unfall.

Die letzten Jahre sind gekennzeichnet durch ein heftiges Wachsen der Konflikte. Die Schlichtung der Konflikte besitzt ihrem Wesen nach nicht einen versöhnenden, sondern einen Zwangscharakter.

Zwischen Meistern und Arbeitern bilden sich häufig Beziehungen wie in der Vorkriegszeit. Noch niemals standen die gewerkschaftlichen Arbeitermassen der Leitung der sozialistischen Industrie so fern wie jetzt. Das Verhältnis der Arbeiter zu den Betriebsräten besteht in Mißtrauen. Der Besuch der Betriebsversammlungen ist schwach.

„Wir dürfen nicht besonders aktiv sein. Willst du ein Stück Brot haben, so rede möglichst wenig."

Solche Erklärungen sind alltäglich. Zur Verbesserung dieser Zustände wird von der Opposition vorgeschlagen, alle Bestrebungen zur Verlängerung des Achtstundentages abzuschneiden, den Lohn entsprechend der steigenden Arbeitsproduktivität zu steigern, die bureaukratischen Mißbräuche auf dem Gebiet der Rationalisierung zu unterbinden. Zur Reform der Arbeitslosenunterstützung wird verlangt, die Unterstützungen nach dem tatsächlichen Durchschnittslohn zu berechnen, die Unterstützungsfrist von einem Jahre auf anderthalb Jahre zu verlängern u. a. Die Einführung des unbezahlten Lehrlingswesens soll für unzulässig erklärt werden. Betriebsräte und Betriebskommissionen sollen von der Verwaltung unabhängig sein. Schließlich heißt es:

Es muß das ganze System der Arbeitsstatistik revidiert werden, die in ihrer heutigen Gestalt eine falsche, offenkundig schön gefärbte Vorstellung von der wirtschaftlichen und Alltagslage der Arbeiterklasse liefert und dadurch allein die Arbeit auf dem Gebiete des Schutzes der wirtschaftlichen Alltagsinteressen der Arbeiterklasse außerordentlich erschwert.

Weitere Kapitel behandeln die Lage der Bauernschaft, die Staatsindustrie, die Sowjets, die nationale Frage, die Partei, die Rote Armee usw. Zum Schluß wird gesagt: „Wir, die Opposition, verurteilen entschieden die Schaffung einer zweiten Partei. Die Losung zweier Parteien ist die Losung der Stalin-Gruppe, welche die Leninsche Opposition aus der Partei zu drängen wünscht."

Moskau beantragt Parteiausschluß.

Bilder und Namen der Oppositionsführer zu beseitigen.

Moskau, 10. November.

Der Vorstand des Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei beschloß, das Zentralkomitee der Partei aufzufordern, Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Smilga und Radek sofort aus der Partei auszuschließen.

Weiter ist beschlossen worden, die Bilder der Oppositionsführer aus dem Gebäude der Parteiorganisation zu entfernen. Auch der Flugplatz „Trotzki" soll umgetauft werden.

Rechtsstaat oder Gewaltstaat?

Renner gegen Seipel.

Wien, 10. November.

Die Debatte im Budgetausschuß brachte ein großes Rededuell zwischen dem Sozialdemokraten Dr. Renner und Bundeskanzler Dr. Seipel.

Dr. Renner beleuchtete in eingehender Kritik an dem Voranschlag verschiedene Probleme der heimischen Wirtschaft. Er lehnte eine Neubesitzrente ab; eine Mietenaufwertung soll für soziale Zwecke verwandt werden.

Dr. Seipel kritisierte das Verhalten der Opposition. Wir haben im Parlament keine richtige Demokratie. Die Opposition macht eine rein negative Politik und zwingt die Regierung geradezu, um nicht das Vertrauen der Bevölkerung zu verlieren, sich vom Parlament unabhängig zu machen. Die Opposition habe den von ihm gewünschten Trennungsstrich gegenüber den Umstürzlern vom 15. Juli auf dem Parteitage ziemlich deutlich gezogen. Könne sie nicht auch einen anderen Trennungsstrich ziehen, den gegenüber den Freidenkern?

Renner erwiderte, seine Partei bemühe sich, das geistige Niveau der parlamentarischen Verhandlungen zu heben, aber Unregelmäßigkeiten, wie sie sich in den letzten Jahren bei der Centralbank zugetragen hätten und bei der Postsparkasse, könnten nicht durch Schweigen erledigt werden. Obstruktion sei ein erlaubtes Mittel des parlamentarischen Kampfes. Gewiß solle sie nicht wegen Kleinigkeiten angewendet werden. Aber sie in einen absoluten Gegensatz zur Demokratie zu bringen, sei unzulässig. Besonders berechtigt sei sie aber in der Mietenfrage. Die Freidenkergemeinden werden wir nie verbieten, aber wir werden uns davor hüten, daß sie die politischen Entscheidungen der Partei maßgebend beeinflussen. Die Sozialdemokratische Partei wolle keinen Kulturkampf. Die Abfallbewegung von der Kirche in der letzten Zeit gehe nicht auf ihr Konto. Sie sei vielmehr eine der vielen Reaktionserscheinungen der Verquickung der Kirche mit der christlich-sozialen Partei in Oesterreich und des Verhaltens der wiedererstarkten öffentlichen Gewalt, die große und schwere Fehler begangen habe, wie sie in der Monarchie nie vorgekommen seien, indem sie z. B. in Fällen, wo Menschenleben durch öffentliche Organe gefährdet wurden, eine Untersuchung abgelehnt habe. Er unterschreibe vollständig, daß der Staat in erster Linie ein Ordnungs- und Rechtsstaat sein müsse. „Wir sind bestrebt," schloß Renner, „Ihnen dabei zu helfen. Aber solange Sie nicht den Trennungsstrich machen gegenüber denjenigen, welche die Gewalt wollen, glauben wir noch nicht an den Rechtsstaat und müssen abwarten."

Der Fall Slater.

Die Frage der Staatszugehörigkeit.

Wie wir erfahren, hat das deutsche Generalkonsulat in Glasgow im September d. J. ein neu erschienenes Buch „Die Wahrheit über den Fall Slater" mit einem Bericht an das Reichsinnenministerium eingesandt. Nach diesem Bericht hat Slater seinerzeit Deutschland verlassen, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Er hat durch mehr als zehnjährigen Aufenthalt im Auslande, ohne sich in eine Konsulatsmatrikel eintragen zu lassen, die Staatsangehörigkeit verloren und sich in verschiedenen Ländern, nämlich Belgien, Frankreich und Großbritannien aufgehalten. Da Slater gegenwärtig nicht Reichsdeutscher ist, bedürfte es eines Antrages von seiner Seite, wieder in den Deutschen Reichsverband aufgenommen zu werden, bevor die deutsche Botschaft in Londpn ihn als Reichsdeutschen anzuerkennen und dadurch möglicherweise seine Freilassung zu erlangen vermöchte. Slater müßte also durch einen solchen Antrag sein Einverständnis zu einem solchen Vorgehen aussprechen.

*

Diese Mitteilung von zuständiger Seite beweist, daß man sich im Auswärtigen Amt mit dem Fall Slater bereits befaßt hat. Dazu möchten wir noch bemerken, daß im Laufe der Jahrzehnte Hunderttausende von Deutschen, auch von Nichtjuden, aus dem gleichen Beweggrunde wie Slater Deutschland verließen. Viele von diesen Auswanderern, denen der „Königsrock" nicht behagte, gelten heute als „Auslandsdeutsche" und treiben lebhafte Propaganda für Monarchie und Schwarzweißrot, ohne daß ihnen bisher die Gunst der deutschen Auslandsbehörden entzogen wurde.

Wir fassen die Mitteilung der zuständigen Stellen, daß zunächst ein Antrag Slaters auf Wiedererwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit vorliegen müßte, ehe das Auswärtige Amt oder die deutsche Botschaft in London eingreifen können, als eine Anregung nach dieser Richtung hin auf und begrüßen diese Stellungnahme. Auf der anderen Seite müssen wir darauf hinweisen, daß Anträge auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gewöhnlich erst nach einundeinhalb Jahren zur Erledigung gelangen. Das hierzu nötige Verfahren ist unglaublich langwierig und umständlich. Es kann dabei sogar der Einspruch eines Landes genügen, um den Antrag zu Fall zu bringen oder seine Erfüllung auf weitere Jahre hinaus zu verhindern. Wenn man Slater helfen will, unabhängig von den Launen eines x-beliebigen Bureaukraten, dann müßte man schon von Reichs wegen dafür sorgen, daß Slater durch ein abgekürztes Verfahren die deutsche Staatsbürgerschaft schnellstens wieder erhält.

England sichert sich das Rote Meer.

Die südliche Eingangspforte in der Hand Londons.

Aden, Anfang November.

Das englische Kriegsamt hat die Verwaltung der Garnison von Aden übernommen, die bisher in den Händen der anglo-indischen Militärverwaltung gelegen hat. Nach außen hin erscheint diese Maßnahme harmlos; dabei ist sie aber für die Entwicklung der militärisch-politischen Beziehungen zwischen England und Indien von prinzipiller Bedeutung. In Erwartung der Tatsache, daß die politische Selbständigkeit Indiens nur noch eine Frage der Zeit sei, suchen sich die englischen Militärs den Besitz aller wichtigen strategischen Punkte zu sichern, die für den Zugang nach Indien oder die Beherrschung Indiens wichtig sind. Ihre Politik geht auf die Schaffung eines Zwitterzustandes, der bei der Neuregelung der Verwaltung des militärischen Schlüssels zum Roten Meer bereits deutlich in Erscheinung tritt. Die Zivilverwaltung von Aden bleibt unter der Aufsicht der indischen Regierung, doch gilt dieser Zustand nur für normale Verhältnisse. Er kann bei jeder Gelegenheit durch die Verhängung des Belagerungszustandes geändert werden, der den britischen Militärbehörden volle Handlungsfreiheit einräumt. Durch diese Zweiteilung ist ein Präzedenzfall geschaffen worden, der der englischen Regierung im Falle von Kriegen und Aufständen ermöglicht, politische, an Indien gewährte Konzessionen militärisch auszugleichen.

Ein zweiter indischer Ausschuß gefordert.

London, 10. November.

Die scharfen Gegensätze in der englischen und indischen Auffassung über die Art der Ernennung und Befugnisse der britischen Verfassungskommission haben den in London weilenden indischen Vertreter Ranga Syer zu einem Vermittlungsvorschlag veranlaßt. Er fordert, daß ein gemeinsames Komitee der zentralen gesetzgebenden Stellen in Indien dieselbe Stellung wie die britische parlamentarische Kommission erhalten soll.

Die englischen Liberalen haben in einer Versammlung beschlossen, im großen und ganzen die Tätigkeit der parlamentarischen Kommission zu unterstützen. Die englische Arbeiterpartei bedauert, daß die Art der Ernennung in Indien große Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Die Arbeiterpartei wolle alles daran setzen, um die Arbeiten der Kommission so zu gestalten, daß eine Mitbetätigung der Inder möglich sei.

Die englisch-indische Presse unterstützt die Pläne der indischen Regierung. Die nationale Presse dagegen greift England außerordentlich scharf an. England habe wiederum Indien betrogen.

Der Zündholztrust als Weltbankier.

Es vermittelt Frankreich 300 Millionen Goldmark.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

In der Finanzkommission der Kammer stellten die Sozialisten Fragen über die von dem schwedischen Zündholztrust vermittelte 75-Millionen-Dollaranleihe. Die Sozialisten wünschten vor allem eine Auskunft über die Gegenleistungen, die Poincaré dem Zündholztrust gewährt habe. Eine einwandfreie Auskunft auf diese Anfragen erfolgte nicht.

*

Der schwedische Zündholztrust, der ein Weltmonopol aufbaut, hat den Rest der Frankreich zugesagten achtprozentigen Morgan-Anleihe ausgezahlt und selbst übernommen. Frankreich hatte das Geld nicht direkt bekommen können, da amerikanische Banken so lange keine Anleihen gewähren, als die Schuldverpflichtungen Frankreichs gegenüber Amerika nicht geregelt sind. Für seine Vermittlung ist dem Zündholztrust der Vertrag für die Lieferung von Material und Maschinen für die französische Zündholzmonopolverwaltung verlängert worden. Das Schweigen Poincarés bestätigte die Vermutung der französischen Sozialisten.

Mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuße.

Verächtliche Kampfesmethoden des DHV.

Das von den im AfA-Bunde zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbänden für die Wahl der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung aufgestellte Wahlprogramm zum Ausbau der Angestelltenversicherung ist einleuchtend und klar. Es findet die Zustimmung aller denkenden Angestellten. Diesen nachhaltigen Eindruck suchen die im Hauptausschuß zusammengeschlossenen Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellten usw.) durch Verbreitung wahrheitswidriger Behauptungen über die Bestrebungen des AfA-Bundes zu zerstören.

Das tollste an Verdrehungen leistet sich jedoch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Flugschriften und Zeitungsartikeln. Bösartig verleumderisch ist es, wenn darin gesagt wird:

„240 Millionen Mark, annähernd die Hälfte aller Rücklagen, sollten unserer Standesversicherung abgepreßt werden, um die finanziell schwache Invalidenversicherung zu sanieren, wenn es nach dem Willen der sozialistischen Arbeiter gegangen wäre. Das verlangt klipp und klar das Organ des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschafts-Zeitung", in ihrer Nr. 34/1926. Der AfA-Bund hat kein Wort gegen diesen Raubzug gesagt."

Um was handelt es sich hier? Da ist zunächst festzustellen, daß es sich hier nicht um eine Meinungsäußerung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern um die eines freien Mitarbeiters, nämlich R. Fette, handelt. Das geht deutlich aus dem Aufsatz hervor, ebenso deutlich geht aber auch hervor, daß die phantasievolle Zahl von 240 Millionen Mark das rechnerische Ergebnis bei Anwendung der bisherigen Methode der Errechnung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung wäre. Niemand, selbst Fette nicht, hat diese Zahl für Ernst genommen. Darin liegt bereits die erste Beugung der Wahrheit durch den DHV.

Für seine Kampfmethode ist jedoch weit kennzeichnender die Tatsache, daß bei der endgültigen Festsetzung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung die Vertreter des DHV. entscheidend mitgewirkt haben. An den entsprechenden Verhandlungen des Reichstags waren Herr Thiel vom DHV. als volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und Herr Diller vom DHV. als Vertreter des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Aus dem amtlichen Verhandlungsbericht (Reichstagsdrucksache Nr. 3337) vom 6. April 1927 ergibt sich folgendes: Die Berechtigung der Ansprüche der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung begründete der Vertreter der Reichsregierung wie folgt:

Ab 1. Januar 1923 wurden die Angestellten aus der Invalidenversicherung herausgenommen; bei der Doppelversicherung haben gut dreiviertel der Angestellten zu der Invalidenversicherung gehört. Der Gesetzgeber hat diese Beitragszahler der Reichsversicherungsanstalt überwiesen, hat aber die Lasten aus den alten Renten für die Angestellten und ihre Hinterbliebenen bei der Invalidenversicherung belassen; die Arbeiter und ihre Unternehmer müssen aufkommen für die Invalidenrenten der Angestellten. Das hat der Gesetzgeber als eine Unbilligkeit empfunden und deshalb ausgesprochen, daß die Angestelltenversicherung hierfür aufzukommen habe. Die Schuld wurde bisher nicht bezahlt. (Amtlicher Bericht Seite 10.)

Dieser Anspruch der Invalidenversicherung wurde von allen Reichstagsparteien anerkannt. So erklärte beispielsweise der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei: „Ein Ausgleich müsse geschehen, und zwar nach Billigkeit und Gerechtigkeit." Von den gegenwärtigen Regierungsparteien lag ein Antrag Nr. 965 vor, der im Artikel IV eine Entschädigung von 40 Millionen Mark an die Invalidenversicherung vorsah. **Einer der Antragsteller war der volksparteiliche Abgeordnete Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.** Die an diesen Reichstagsverhandlungen beteiligten Vertreter der Invaliden- und Angestelltenversicherung einigten sich im Verlaufe der Auseinandersetzungen auf 33 Millionen Mark Entschädigung, die die Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung zahlt. An dieser Vereinbarung war, wie bereits erwähnt, Herr Diller vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband als Mitglied des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Das fand dann seinen Niederschlag im Artikel IV des Gesetzes vom 8. April 1927.

So der wirkliche Sachverhalt, der ausreichend die verächtlichen Kampfesmethoden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes beleuchtet.

Frankfurt a. M. breitet sich aus.

Provinzialausschuß für Eingemeindung von Höchst und Griesheim.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eigenbericht.)

Im Auftrag des preußischen Innenministers beschäftigte sich der Provinzialausschuß der Provinz Hessen-Nassau am Mittwoch mit der Eingemeindung einer Reihe von Gemeinden und Städten in Frankfurt a. M. Es handelt sich dabei u. a. um Höchst a. M. und die Landgemeinde Griesheim. Die Einwohnerzahl Frankfurts würde dadurch um rund 73 000 auf 540 250 anwachsen. Der Provinzialausschuß vertrat einstimmig die Auffassung, daß die Eingemeindung im Interesse der industriellen Entwicklung Frankfurts unter allen Umständen dem preußischen Innenminister empfohlen werden müßte. Ein Teil der für die Eingemeindung in Frage kommenden Landkreise soll der Stadt Wiesbaden angegliedert werden. Dadurch würde Wiesbaden um rund 19 000 Einwohner auf 150 000 Einwohner steigen.

„Pelleas und Melisande."

(Städtische Oper.)

Stellen wir vor allem fest: dies Werk des Franzosen Claude Debussy geht uns noch an. Ein Menschenalter — eine Unendlichkeit nach heutigem Maßstab — trennt uns, nicht nur zeitlich, von den Tagen seiner Entstehung. Dennoch, es geht uns nahe; und vielleicht gar näher als denen, die damals wie heute das Neue um seiner Neuheit willen priesen. „Pelleas und Melisande" kam ihnen entgegen als verblüffendes Produkt jener Richtung, die von den anderen Künsten her nun reif war, letzte Musikermode zu werden: der „impressionistischen". Die impressionistische Mode also war da, sie saß sozusagen im Publikum und harrte des Künstlers, der sie erfüllte. Irrtum, zu glauben, daß es den Zwang irgend einer Kunstrichtung gäbe — ohne Publikum, das willig ist, sich ihm zu unterwerfen. Das impressionistische Kunstwerk will, wie es geschaffen wird, genossen werden: kennerisch, feinschmeckerisch, mit ästhetischem Behagen. Impressionismus ist und war, kurz gesagt, die Kunst letzter bürgerlicher Verfeinerung. Keine üble Sache vielleicht; doch eben eine Sache von damals. Doch eben nicht die unsere.

Was also bleibt, ziehen wir das Aesthetische ab, für uns übrig? Was bleibt von Maeterlincks Pelleas-Drama? Der Konflikt, den es behandelt, ist einer von denen, die immer wiederkehren, im Leben und in der Kunst. Zwei Menschen, nur für einander geschaffen; zwischen ihnen der unrechte Ehemann, an den die Frau geraten; und im Tod Vereinigung der Liebenden. Dies, in drei Worten, die Handlung; das ewige, ewig unerschöpfliche Tristan-Thema. Hier wird es von der behutsamen Hand eines Dichters abgewandelt; ohne festen Umriß verflicht alles Geschehen im Halbdunkel geheimnisvoller Vorahnungen, Gestalten und Dinge umgibt eine Welt des Märchenhaft-Unwirklichen.

Und den zart gedämpften Ton dieser Dichtung hat der Komponist Debussy mit wunderbarer Einfühlsamkeit klingen gemacht. Es ist, als hätte er das Innerste dieses Dichters erraten; oder als hätte der die verborgensten Kräfte des Musikers erschlossen. So danken wir dem Zusammenklang der beiden Persönlichkeiten ein Werk vollkommenster Stil- und Wesenseinheit. Die Musik lebt, sie schöpft die Kraft lebendiger Wirkung aus dem Drama, mit dem sie zu einem Ganzen verschmolzen ist. Und weil hier unmittelbar in Musik umgesetzt ist, was ein Dichter auf seine Weise einem ewigmenschlichen Gegenstand abgewonnen hat, darum ist die Oper „Pelleas und Melisande" eine Angelegenheit, die uns wahrhaft angeht.

Ein Werk, das uns nahe geht — das hat die Neuaufführung der Städtischen Oper (und der Beifall, den sie auslöst) erwiesen. Die Aufführung allerdings tut an dem Werk alles, was, am höchsten Maßstab gemessen, zu tun möglich ist. Ja, was sie ihm gibt, geht gewissermaßen noch über seinen Anspruch: Möglichkeiten der Partitur sind hier erfüllt worden, die kaum geahnt waren. Bruno Walter erlöst diese Partitur aus der blasierten Verschlafenheit, in die langjähriges Vorurteil sie gebannt, er macht unter dem Kunstverstand, von dem sie zeugt, ihre Seele frei, weckt ihre schlummernde Leidenschaft — und das Unwahrscheinliche geschieht, daß aus Impressionismus intensive Ausdruckskunst ersteht. Doch ihren impressionistischen Klangreizen bleibt das Orchester, das für solche Aufgaben in Berlin bald ohne Konkurrenz sein wird, nichts schuldig; es gab da Momente von zauberhafter Zartheit. Den Klang des Orchesters setzt Ludwig Kainer in Licht und Farbe um, die Bühne setzt ihn im rührend-zärtlichen Sopran Lotte Schönes fort und im wild strahlenden, jugendlich schlanken Tenor Hans Fidessers. Und im idealen Zusammenklang von Musik und Bühne, harmonischen Zusammenarbeiten von Pult und Regie — Bruno Walter und Karlheinz Martin — spiegelt sich jene Zweieinigkeit Debussy-Maeterlinck vollkommen wie ihr Werk in dieser Wiedergabe.

Klaus Pringsheim.

75 Jahre Onkel Toms Hütte.

75 Jahre sind jetzt vergangen, daß eins jener Bücher erschien, die Weltgeschichte machen und daher unvergänglich sind. Geschichtsschreiber sind sich darüber einig, daß die Erzählung „Onkel Toms Hütte", das Werk der damals ganz unbekannten Harriet Beecher-Stowe, das im Herbst 1852 erschien, einen Hauptanteil an der Entstehung des amerikanischen Bürgerkrieges hatte, der zur Abschaffung der Sklaverei führte. Dies Buch, die klassische Schilderung der Verhältnisse in den Südstaaten zur Zeit der Negersklaverei, hat gewiß manches in zu grellen Farben gemalt, da es die Herzen der Menschen erschüttern und zum Mitleid für die Unglücklichen entflammen wollte, aber dies Buch als eine auf Sensation berechnete Schauergeschichte abtun zu wollen, ist ein großes Unrecht. Es verkennt den Wert dieser Schrift, die gleich nach ihrem Erscheinen in Hunderttausenden von Exemplaren verkauft wurden, die seitdem in alle Kultursprachen übersetzt, in dramatischer Form auf den Bühnen gespielt wurde und noch heute leidenschaftlich verschlungen wird. Die Gestalt des Onkel Tom, des guten Negers, ist die bekannteste Figur aus dem Leben der amerikanischen Schwarzen, ein so lebendiger und überzeugender Charakter, wie ihn nur ein Künstler erschaffen konnte. In Harriet Beecher-Stowe war der Drang nach Menschdarstellung stärker als der Trieb, zu lehren und zu bessern. Was man in ihrem Buch als „Predigerton" bezeichnet hat, das ist die beste Wiedergabe jener streng religiösen Umwelt, die damals das Leben der amerikanischen Puritaner bestimmte und in der auch sie aufgewachsen war.

Ein Denkmal für Joseph Conrad. Dem aus Polen stammenden englischen Schriftsteller Joseph Conrad, der jetzt auch bei uns eine immer größere Gemeinde gewinnt, ist in Bishopsbourne, wo er die letzten Jahre gelebt hat, ein Denkmal gesetzt worden, dessen Kosten Verehrer aus allen Teilen der Welt aufgebracht haben.

Bilanz der Sowjetdramatik.

Immer wieder mußte die Sowjetpresse in den letzten Jahren mit Bedauern feststellen, daß der dramatische Nachwuchs der russischen Bühne bedenklich versage, so daß die Aufstellung eines revolutionären Spielplans mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Es scheint nun, als hätten sich die Bühnenschriftsteller der Sowjetunion einen energischen Ruck in der von der herrschenden Partei gewünschten Richtung gegeben, und schon das Jahr 1928 wird zeigen, inwieweit dieser Ruck vielleicht nur durch die aktuelle Nachfrage nach revolutionären Jubiläumsstücken bedingt war oder zugleich sich auch weiter auswirkend eine neue Entwicklungsphase bedeutet.

Ein Blick auf die sowjetdramatische Ausbeute der Spielzeit 1926 bis 1927 genügt, um den Fortschritt zu erkennen, den die Produktion an Revolutionsstücken sowohl quantitativ als qualitativ in der laufenden Saison aufweist. Allein die staatlichen und staatlich unterstützten (akademischen) Bühnen bringen in der Saison 1927/28 rund 40 neue kommunistische Theaterstücke heraus. Während in der vergangenen Saison kaum mehr als zwei Bühnenwerke den strengen Anforderungen einer Sowjetideologie entsprachen, gehen diesmal in den Jubiläumstagen mindestens zehn bedeutendere Stücke über die Bühnen der Sowjetunion, die nicht nur in hohem Grade zeitgemäß, sondern auch als starke Bekenntnisse einer proletarischen Weltanschauung anzusprechen sind. Die oben erwähnten zwei Revolutionsstücke sind das vom Moskauer Gewerkschaftstheater gespielte Studentendrama „Konstantin Terechin" („Rost") von Kirschon und Uspenski sowie Trenews „Ljubow Jarowaja" — der Volltreffer des Moskauer Kleinen Theaters.

In qualitativer Hinsicht ist bemerkenswert, daß die Befruchtung der Sowjetbühne anfänglich gerade von den Mitläufern der Revolution ausging — einer Gruppe von jüngeren Erzählern, die auch in Deutschland bekannt sind und deren „Hauptschlager" für die Bühne hergerichtet wurden. Es wären hier Namen zu nennen wie Leonid Leonow, Wsewolod Iwanow, Valentin Katajew, Isaak Babel. Iwanows „Panzerzug", Leonows „Untilowsk" und Babels „Untergang" sind künstlerisch ernst zu nehmende Versuche, die Wege der Revolution zu begreifen und innerlich zu vertiefen, wobei Babel uns mit einer etwas primitiv zurechtgestutzten Hegelschen Philosophie kommt, Iwanow das hohe Lied des Bauern anstimmt, und der Bauernsohn Leonow sich aus einem Dostojewskischen Mystizismus zum Tatmenschen durchzuringen bemüht.

Als völlig geklärt stehen jetzt die Charakterbilder Alexej Tolstois und Konstantin Trenews da. A. Tolstoi hat das Gebiet dramatisierter politischer Zeitgemälde — wie seine „Verschwörung der Zarin" („Rasputin"), „Asef" — verlassen und sich der handfesten Sittenkomödie zugewandt, in der er Bilder und Konflikte von sozialer Bedeutsamkeit aufzurollen versteht. Das Herz des Arbeiters

Bayerns Sorgen.

Parker Gilbert und der bayerische Staatshaushalt.

Der bayerische Finanzminister Dr. Schmelzle nahm am Mittwoch im Rahmen der Beratung seines Etats im Landtag das Wort zur Denkschrift des Reparationsagenten Gilbert. Für den Staat Bayern habe das Memorandum bereits eine betrübliche Folge gezeigt, weil die Reichsregierung die Richtlinien der Beratungsstelle für Auslandsanleihen verschärft habe. Dadurch erscheine es zweifelhaft, ob der Staat Bayern seinen Anleihebedarf für die nächsten zwei Jahre werde decken können. Der bayerische Staatshaushalt drohe damit in eine außerordentlich schwierige Lage zu kommen, denn wenn das Reich nicht Hilfe leiste, sei zur Deckung des Defizits im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt eine Anleihe unumgänglich.

Der größte Fehler der Denkschrift Gilberts sei ihre einseitige Einstellung auf die Wirtschaft. Sie verkenne völlig die allgemeinen Zusammenhänge der Wirtschaft mit der öffentlichen Hand. Der Generalagent übersehe vor allem, daß die Länder die Träger der Kulturaufgaben im Reiche sind und diese Kulturaufgaben nicht unerfüllt bleiben können, ohne daß diese Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt darunter Schaden leidet. **Was würde aus der Wirtschaft werden, wenn unsere technischen Hochschulen und unsere Universitäten von ihrer stolzen Höhe herabsteigen müßten, wenn ihre Lehr- und Forschungstätigkeit nicht mehr in dem durch den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft bedingten Umfang fortgesetzt werden können? Was solle aus der deutschen Qualitätsarbeit werden, auf der unser Export beruht, wenn unsere Volksschulen, Fortbildungsschulen und Fachschulen ihren hohen Stand nicht mehr behaupten können?** Eine deutsche Volkswirtschaft, die jährlich 2½ Milliarden für Reparationen zahlen soll, habe einen gewissen kulturellen Hochstand zur Voraussetzung. Die Aufrechterhaltung dieses Hochstandes erfordere Kosten, und diese Kosten seien Produktionskosten der deutschen Wirtschaft. Diese Erwägungen hätten bereits die Sachverständigen des Dawes-Plan außer acht gelassen, und daß nunmehr auch der Generalagent diesen Fehler fortsetze, mache seine Kritik an der öffentlichen Wirtschaft der deutschen Länder und Gemeinden zu einer sachlich unrichtigen.

Am Schlusse seiner Rede betonte der Finanzminister wiederholt das dringende Gebot allergrößter Sparsamkeit auch für den Staat Bayern. Dabei gab er ein Bild der Verwaltungskosten des bayerischen Staates. Sie hätten sich gegenüber 1913 um rund 64 Proz. gesteigert. Die Ursache dieses Mehraufwandes liege in der Vermehrung der Ausgaben, die eine Vermehrung des Personals und dabei auch eine Steigerung des Nominalgehalts der Beamten notwendig machten. Das durchschnittliche Nominalgehalt eines bayerischen Verwaltungsbeamten habe im Jahre 1913 2365 M., im Jahre 1927 dagegen 4379 M. betragen.

Wiking-Prozeß vor dem Reichsgericht.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Leipzig, 10. November. (Eigenbericht.)

Am 18. November wird vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in der Beschwerdesache des Geheimbundes „Wiking" verhandelt, der wegen seiner Staatsgefährlichkeit kurz nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik im April d. J. auch im Freistaat Sachsen verböten und aufgelöst wurde. Gegen dieses Verbot hat der Leiter des Wiking-Bundes im Freistaat Sachsen, Kapitänleutnant a. D. Manfred von Killinger, Beschwerde erhoben. Da inzwischen der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben worden ist, wird sich der 4. Senat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner zum ersten Male mit dieser Verwaltungssache beschäftigen.

Die Verhandlungen werden wegen Staatsgefährdung zum größten Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

So sieht der Moritzplatz heute aus.

Durch grüngestrichene Bauzäune ist der Moritzplatz in vier Inselchen geteilt, aus denen in luftigen Schuppen Betonmischmaschinen hochsteigen. Auf schmalen Geleisen rollen die Loren den nötigen Sand zu. Während unten der Tunnel der Untergrundbahn eingebaut wird, schieben und drängen sich über den schmalen, freigebliebenen Rand des Platzes Verkehrsmittel aller Art in lebhaftem Kreisverkehr. Rotgestrichene Pfeile und Ständer schreiben den Fußgängern ihren Gang vor. Nur die Straßenbahnen laufen im Kreuzverkehr zwischen den vier Inselchen auf ihren alten Geleisen. Bald werden sie Konkurrenz erhalten. Unmittelbar vor Wertheim und auf der gegenüberliegenden Seite zwischen Stallschreiber- und Oranienstraße werden die Eingänge zum U-Bahnhof Moritzplatz hinunterführen. Nach Ausbau der geplanten Linie Moabit—Treptow sollen zwei weitere Eingänge, die ebenfalls direkt vom Bürgersteig in die Tiefe führen, folgen. Zu Beginn des Winters wird der neue U-Bahnhof Kottbuser Tor dem Verkehr übergeben. Nach Fertigstellung der Hausunterfahrung Prinzen- Ecke Ritterstraße wird die neue Linie bis Bahnhof Neanderstraße, wahrscheinlich schon im Frühjahr, in Betrieb sein. Mit der Fertigstellung der Gesamtstrecke Neukölln—Gesundbrunnen rechnet man gegen Ende 1928, bis zu welchem Termin eine ganze Reihe neuer U-Bahnen dem Verkehr übergeben sein sollen.

publikums hat sich aber der Bauernsohn Trenew mit seiner „Ljubow Jarowaja" erobert — ein farbensattes, mit epischer Milieufreude vorgetragenes Revolutionsdrama —, so daß Trenew, wohl als der erste echte Sowjetdramatiker aus eigenster Ueberzeugung, vermutlich eine neue Wendung der russischen Dramatik einleitet. Eine Anzahl interessanter Stücke verdankt das Sowjettheater ferner Autoren wie Jurjin, Schapowalenko, Schkwarkin, Romaschew, Tretjakoff, Schtscheglow.

Daneben betätigt sich mit viel Erfolg eine Gruppe dem Proletariertstande entstammender Bühnenschriftsteller: Glebow, der in seinem Stück „Macht" mit erstaunlichem Bühnengeschick einen sozialen Querschnitt durch das Gebrodel der treibenden Grundmächte des Oktoberumsturzes gibt; Bill-Belozerkowski mit seiner frischen Begabung für die Komödie; Fjodor Gladkow, der mit der Dramatisierung seines bekannten Zeitromans „Zement" künstlerisch durchaus erfolgreich war; der erwähnte Kirschon, und endlich Tschishewski. Die proletarischen Schriftsteller, die das neue Leben und die Weltanschauung der Arbeiterschaft naturgemäß unmittelbarer widerzuspiegeln vermögen als die Mitläufer und sonstigen Revolutionsgenossen, haben bereits Werke aufzuweisen, die nicht nur durch ihre gedankliche Geschlossenheit Achtung erzwingen, sondern auch in formaler, künstlerischer Hinsicht neuartige Vorzüge besitzen.

G. Sp.

Karl Schartons Marionettentheater gibt an einigen Nachmittagen der Woche im Deutschen Künstlertheater Kindervorstellungen. Man sah in der ersten Aufführung die Märchen „Die drei Wünsche" und „Hans, der das Gruseln lernen wollte", die ihren Erfolg bei den Kindern unbestreitbar der Mitwirkung des Kasperl zu danken hatten. Kasperl konnte lachen, daß ihm dabei der Bauch wackelte, und seine kleinen Zuschauer mit fröhlicher Heiterkeit angesteckt wurden. Aber weshalb wird eigentlich so selten der Versuch gemacht, das Marionettentheater zu modernisieren? Dekorationen, wie das Waldbild in den „Drei Wünschen", mögen vor 25 Jahren schön gewirkt haben. Die Kinder unserer Zeit fordern Bilder von größerer Klarheit und Einfachheit. Weit mehr Beifall als die Märchen fanden die sehr hübschen Varietészenen, bei denen die Puppen vollkommenste Gelenkigkeit — und also unerhörte Fähigkeiten — entwickelten.

al.

Kunstchronik. Die Galerie Ferdinand Möller, jetzt Schöneberger Ufer 38, hat eine umfangreiche Ausstellung von Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen Erich Heckels eröffnet.

Die Verleihung des Schillerpreises. Die zur Verteilung des Schillerpreises berufene Kommission hat dem preußischen Staatsministerium als gemeinsame Träger des Schillerpreises die Dichter Hermann Burte, Fritz von Unruh und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesem Vorschlag entsprochen.

Deutsche Kunst in Paris. Das Welttheater veröffentlicht bereits sein Programm für das kommende Jahr. Im Mai und Juni werden zahlreiche ausländische Künstler gastieren. Max Reinhardt leitet die Regie zweier Liszatopern, die musikalische Leitung hat Bruno Walther.

Die Taschendiebe rühren sich!

Ein Viehhändler um 20 000 Mark bestohlen.

Die Taschendiebe, die in der letzten Zeit etwas ruhiger gewesen waren, rühren sich jetzt wieder bedenklich. Um so mehr ist Vorsicht geboten.

Einen schweren Schlag erlitt gestern ein Viehhändler aus Braunschweig, der über Oebisfelde um 4 Uhr morgens in Berlin eintraf, um von hier nach Königsberg i. Pr. weiterzufahren. Weil sein Zug erst um 8 Uhr abging, setzte er sich im Restaurant des Bahnhofs Friedrichstraße an einen Tisch, an dem andere Leute bereits Platz genommen hatten. Erst als er kurz vor 8 Uhr die Fahrkarte nach Königsberg lösen wollte, entdeckte er, daß seine Brieftasche, die er bei der Ankunft in Berlin noch gefühlt zu haben glaubte, aus der Jackentasche verschwunden war. Obwohl er die ganze Zeit über nicht eingeschlafen war, hatte er doch nichts gemerkt. Die gestohlene Brieftasche, die aus starkem schwarzbraunen Leder besteht, enthielt nicht weniger als 20000 M. in gebündelten Tausend-, Hundert- und Fünfzigmarkscheinen. Das Geld sollte zu Vieheinkäufen in Ostpreußen dienen. Der Bestohlene kann keine bestimmten Angaben machen, da er in seiner Arglosigkeit auf die am Tisch Sitzenden nicht weiter geachtet hat.

Eine Dame aus Charlottenburg wollte nach dem Süden reisen und vorher auf dem Wochenmarkt an der Suarezstraße noch einkaufen. Damit es ihr in ihrer Abwesenheit in der Wohnung nicht gestohlen werde, nahm sie ihr Geld, 700 M. in Hundertmarkscheinen, 25 Dollar und 25 M. in Silbergeld in der Brieftasche nach dem Markte mit. Dort half ihr eine Russin beim Halten des Marktnetzes. Erst nach dem Weggang dieser freundlichen Helferin entdeckte die Dame, daß ihr die Brieftasche aus der Handtasche gestohlen war. Die Diebin kann nur die Russin sein, eine Frau von etwa 50 bis 60 Jahren, die etwa 1,65 Meter groß und stark geschminkt war.

Auf dem Autobus der Linie 2 wurde in den ersten Nachmittagsstunden eine Dame auf der Fahrt von der Joachimsthaler Straße nach der Charlottenstraße im Gedränge um ihr schwarzes Lackledertortemonnaie bestohlen, das 50 M. bares Geld und einen goldenen Damenring mit einem Smaragden und je drei Brillanten auf jeder Seite bestohlen.

Durch die Aufmerksamkeit von Kriminalbeamten wurde in einem weiteren Fall ein von Dieben Heimgesuchter vor Schaden bewahrt. Zwei internationale Taschendiebe, die vom Ausland her der hiesigen Kriminalpolizei bereits gemeldet waren, ein 30 Jahre alter J. Höllman und ein A. Millstone, die beide aus Warschau stammen, waren auf dem Kurfürstendamm aufgetaucht. Gestern abend beobachtete ein Beamter der Taschendiebstreife die beiden nach der letzten Vorstellung in der Garderobe des Kinos. Höllmann zog sich, augenscheinlich mit Absicht, seinen Mantel so ungeschickt an, daß er mit seinen Windungen und Drehungen einen anderen Besucher ins Gedränge brachte. Diese Lage nützte Millstone aus, und zog dem Bedrängten die Brieftasche mit 1200 M. aus der Gesäßtasche. Jetzt griff der Beamte zu und packte die beiden Diebe zu gleicher Zeit. Der Bestohlene erhielt die Tasche sofort zurück. Die Ertappten gaben, was bei internationalen Dieben selten vorkommt, den Diebstahl zu und leugnen auch nicht, was noch seltener ist, sich schon länger zu kennen. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Durch Auspuffgase betäubt.

Von einem eigenartigen Unfall wurden gestern nachmittag fünf Studenten der Technischen Hochschule Charlottenburg betroffen. Die jungen Leute hatten einen Sonderwagen der Adaag gemietet und waren zu der Besichtigung eines Industrieunternehmens nach Hennigsdorf hinausgefahren. Auf der Rückfahrt schliefen fünf der jungen Leute ein. Bei der Ankunft in Charlottenburg wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die fünf Studenten bewußtlos auf ihren Plätzen saßen. Sie wurden sofort ins Freie geschafft und gleichzeitig der Arzt der nächsten Rettungsstelle alarmiert, der eine Kohlenoxydgasvergiftung feststellte. Nach längerer Behandlung konnten die Bewußtlosen ins Leben zurückgerufen werden. Sie konnten ihren Weg allein fortsetzen. Nach den polizeilichen Ermittlungen haben sich im Wagen Kohlenoxydgase angesammelt. Die Direktion der Abaag steht, wie sie uns mitteilt, vor einem Rätsel. Die Heizung erfolgt mit Frischluft und es ist unerklärlich, wie Auspuffgase, die bekanntlich Kohlenoxydgas enthalten, in den Wagen gelangt sind. Es ist dies seit vielen Jahren der erste Fall.

Königliche Reichsbahn.

Nette Zustände herrschen bei der Reichsbahn, und zwar in diesem Fall im Direktionsbezirk Erfurt. Uns liegen drei Frachtbriefe vom September und Oktober 1927 vor, in denen der Wiegestempel jedesmal lautet: Kgl. E.-Dir. Bez. Erfurt Großneuhausen. Wenn der Gütervorsteher von Großneuhausen, oder wer sonst dafür verantwortlich ist, die Dreistigkeit besitzt, sich heute noch eines königlichen Stempels zu bedienen, so ist er nach der Ansicht aller Republikaner für seinen Dienst im neuen Staat ungeeignet. Diese Auffassung dürfte um so mehr berechtigt sein, als man in Großneuhausen auch sonst nicht auf der Höhe zu sein scheint. Man schrieb dort in einem der genannten Frachtbriefe vom 21. Oktober eine Sendung Kartoffeln mit einem Gewicht von 800 Kilo aus, während die Sendung in Wirklichkeit nur 400 Kilo wog. Die Folge war, daß der Berliner Empfänger Fracht für 800 Kilo bezahlen sollte und große Scherereien und Zeitversäumnisse hatte. In der Güterverladestelle der Reichsbahnstation Großneuhausen scheint eine wahrhaft königliche Unordnung zu herrschen.

Rückblick auf die Sechs Tage.

Beginnen wir mit der letzten Stunde: ein vollbesuchtes Haus erwartet mit Spannung einen harten Endkampf. Die letzte Stunde brachte nichts. Sie brachte nur den Sieg der Mannschaft Dewolf-van Kempen, den man ja erwartet hatte, als diese Mannschaft in der fünften Nacht durch Ueberrundung zur Spitzengruppe aufrückte. Die Punkte, die zur Besetzung der Führung des Feldes nötig waren, holte der fliegende van Kempen, dessen Fahrtechnik sich erheblich gebessert hat. Die zweite Mannschaft war Tietz-Thollembeek. Tietz fuhr groß, was man jedoch von Thollembeek trotz seiner Stärke nicht sagen kann; das bewies sein plötzliches Abstoppen bei Jagden, die Tietz geschickt auszuwerten verstand. Die dritten dieses Rennens, Ehmer-Kroschel, waren für den Sportpalast Kassenmagneten. Sie haben ein Rennen geliefert, das sich sehen lassen konnte. Hinter Kroschel-Ehmer folgten Kroll-Miethe. Ihr Anfang war mäßig, sie wurden dann stärker und zeigten am Sonntagnachmittag in einer harten Jagd wirkliches Können. . . . Rausch-Hürtgen hätten einen anderen Platz verdient! Beide sind gut aufeinander eingefahren, verteidigten in prächtiger Manier ihre Position und lieferten ein ehrliches Rennen. Junge-Behrendt und Wambst-Lacquehay beschlossen das Feld, nachdem sie ganz gemütlich in der letzten Stunde ihre Verlustrunde abstreichen konnten. Und damit ließen sie es gut sein. Für die Franzosen ist die letzte Stunde wirklich keine ehrende Angelegenheit. Wollten sie nicht — oder konnten sie nicht? Eine Frage, die die beiden nur selbst beantworten können!

Noch eins hat dieses Sechstagerennen gezeigt, ähnlich wie im 15. Sechstagerennen: die Macht der Fahrradindustrie. Damals fuhren in der letzten Stunde Dewolf-Stockelynck für Mac Namara-Horan. Beide Mannschaften hatten gleiches Fabrikat. Im „19. Berliner" gab es einen Thollembeek auf Semper und einen Tietz auf Misa, zusammen eine Mannschaft, die aus erklärlichen Gründen nicht gut zusammenarbeiten konnte! Vielleicht kann der BDR. auf Veranstalter, Fabriken und auch Fahrer jenen Einfluß haben, der im Interesse des Radsports hier sehr notwendig ist.

Der Herr Oberpostsekretär steht daneben!

Seit einigen Wochen sind in den Postämtern Berlins Plakate angebracht, die den Postbeamten nahelegen, für ein Heldenbuch — das ist ein Gedenkbuch für die im Kriege gefallenen Postbeamten —, das demnächst in dem neuen Verwaltungsgebäude am Lietzensee der Oeffentlichkeit übergeben werden wird, Spenden zu zeichnen. Nun begnügt man sich aber z. B. auf dem Postamt Berlin SW. 19 nicht damit, unter den Postbeamten eine Liste zum Einzeichnen auszulegen, sondern den Beamten wird bei der Gehaltsauszahlung eine, mit den Namen sämtlicher Beamten des Postamts ausgefüllte Liste zum Einzeichnen vorgelegt. Der Herr Oberpostsekretär steht in höchst eigener Person daneben und ermahnt jeden einzelnen Beamten, doch für die gute Sache etwas zu zeichnen. Unter diesen sonderbaren Umständen sind natürlich die meisten Beamten wohl oder übel gezwungen zu zahlen, um sich bei ihrem Vorgesetzten nicht mißliebig zu machen. Einzelne Beamte, die aus irgendeinem Grunde noch nicht ihren Obolus entrichtet hatten, werden nachträglich noch gemahnt. — Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Nation ihre Gefallenen dadurch am besten ehrt, daß sie für die Hinterbliebenen und für die Kriegsbeschädigten ausreichend sorgt. Wenn der Direktionspräsident Gentzke diese Sammlung trotzdem für notwendig hält, dann hat er auch darauf zu achten, daß keinerlei Zwang ausgeübt wird.

Die nichtbeleuchteten Schutzinseln.

Von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wurde folgende Anfrage an den Magistrat eingebracht: Infolge Nichtbeleuchtung bzw. ungenügender Kennzeichnung von Verkehrsschutzinseln mehren sich in der letzten Zeit die Verkehrsunfälle. Wir fragen deshalb: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Schutzinseln bei eintretender Dunkelheit besser kenntlich zu machen?

Unter den Rädern des Stadtbahnzuges. Auf den Gleisen der Stadtbahn in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Zoologischer Garten, wo gegenwärtig Umbauarbeiten vorgenommen werden, ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr wieder einmal ein tödlicher Unfall. Der 30jährige Bauarbeiter Walter Kaiser aus der Rosinenstraße 10 in Charlottenburg wurde von einem einfahrenden Stadtbahnzug erfaßt und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde in hoffnungslosem Zustand in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht, wo er gegen 8 Uhr an den Folgen schwerer Körperverletzungen starb. Nach den bisherigen Feststellungen soll Kaiser nach Ertönen des Signals das Gleis zu spät verlassen haben.

Der Fall Slater.

Die Frage der Staatszugehörigkeit.

Wie wir erfahren, hat das deutsche Generalkonsulat in Glasgow im September d. J. ein neu erschienenes Buch „Die Wahrheit über den Fall Slater" mit einem Bericht an das Reichsinnenministerium eingesandt. Nach diesem Bericht hat Slater seinerzeit Deutschland verlassen, um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Er hat durch mehr als zehnjährigen Aufenthalt im Auslande, ohne sich in eine Konsulatsmatrikel eintragen zu lassen, die Staatsangehörigkeit verloren und sich in verschiedenen Ländern, nämlich Belgien, Frankreich und Großbritannien aufgehalten. Da Slater gegenwärtig nicht Reichsdeutscher ist, bedürfte es eines Antrages von seiner Seite, wieder in den Deutschen Reichsverband aufgenommen zu werden, bevor die deutsche Botschaft in London ihn als Reichsdeutschen anzuerkennen und dadurch möglicherweise seine Freilassung zu erlangen vermöchte. Slater müßte also durch einen solchen Antrag sein Einverständnis zu einem solchen Vorgehen aussprechen.

*

Diese Mitteilung von zuständiger Seite beweist, daß man sich im Auswärtigen Amt mit dem Fall Slater bereits befaßt hat. Dazu möchten wir noch bemerken, daß im Laufe der Jahrzehnte Hunderttausende von Deutschen, auch von Nichtjuden, aus dem gleichen Beweggrunde wie Slater Deutschland verließen. Viele von diesen Auswanderern, denen der „Königsrock" nicht behagte, gelten heute als „Auslandsdeutsche" und treiben lebhafte Propaganda für Monarchie und Schwarzweißrot, ohne daß ihnen bisher die Gunst der deutschen Auslandsbehörden entzogen wurde.

Wir fassen die Mitteilung der zuständigen Stellen, daß zunächst ein Antrag Slaters auf Wiedererwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit vorliegen müßte, ehe das Auswärtige Amt oder die deutsche Botschaft in London eingreifen können, als eine Anregung nach dieser Richtung hin auf und begrüßen diese Stellungnahme. Auf der anderen Seite müssen wir darauf hinweisen, daß Anträge auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gewöhnlich erst nach einundeinhalb Jahren zur Erledigung gelangen. Das hierzu nötige Verfahren ist unglaublich langwierig und umständlich. Es kann dabei sogar der Einspruch eines Landes genügen, um den Antrag zu Fall zu bringen oder seine Erfüllung auf weitere Jahre hinaus zu verhindern. Wenn man Slater helfen will, unabhängig von den Launen eines x-beliebigen Bureaukraten, dann müßte man schon von Reichs wegen dafür sorgen, daß Slater durch ein abgekürztes Verfahren die deutsche Staatsbürgerschaft schnellstens wieder erhält.

England sichert sich das Rote Meer.

Die südliche Eingangspforte in der Hand Londons.

Aden, Anfang November.

Das englische Kriegsamt hat die Verwaltung der Garnison von Aden übernommen, die bisher in den Händen der anglo-indischen Militärverwaltung gelegen hat. Nach außen hin erscheint diese Maßnahme harmlos; dabei ist sie aber für die Entwicklung der militärisch-politischen Beziehungen zwischen England und Indien von prinzipiller Bedeutung. In Erwartung der Tatsache, daß die politische Selbständigkeit Indiens nur noch eine Frage der Zeit sei, suchen sich die englischen Militärs den Besitz aller wichtigen strategischen Punkte zu sichern, die für den Zugang nach Indien oder die Beherrschung Indiens wichtig sind. Ihre Politik geht auf die Schaffung eines Zwitterzustandes, der bei der Neuregelung der Verwaltung des militärischen Schlüssels zum Roten Meer bereits deutlich in Erscheinung tritt. Die Zivilverwaltung von Aden bleibt unter der Aufsicht der indischen Regierung, doch gilt dieser Zustand nur für normale Verhältnisse. Er kann bei jeder Gelegenheit durch die Verhängung des Belagerungszustandes geändert werden, der den britischen Militärbehörden volle Handlungsfreiheit einräumt. Durch diese Zweiteilung ist ein Präzedenzfall geschaffen worden, der der englischen Regierung im Falle von Kriegen und Aufständen ermöglicht, politische, an Indien gewährte Konzessionen militärisch auszugleichen.

Ein zweiter indischer Ausschuß gefordert.

London, 10. November.

Die scharfen Gegensätze in der englischen und indischen Auffassung über die Art der Ernennung und Befugnisse der britischen Verfassungskommission haben den in London weilenden indischen Vertreter Ranga Syer zu einem Vermittlungsvorschlag veranlaßt. Er fordert, daß ein gemeinsames Komitee der zentralen gesetzgebenden Stellen in Indien dieselbe Stellung wie die britische parlamentarische Kommission erhalten soll.

Die englischen Liberalen haben in einer Versammlung beschlossen, im großen und ganzen die Tätigkeit der parlamentarischen Kommission zu unterstützen. Die englische Arbeiterpartei bedauert, daß die Art der Ernennung in Indien große Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Die Arbeiterpartei wolle alles daran setzen, um die Arbeiten der Kommission so zu gestalten, daß eine Mitbetätigung der Inder möglich sei.

Die englisch-indische Presse unterstützt die Pläne der indischen Regierung. Die nationale Presse dagegen greift England außerordentlich scharf an. England habe wiederum Indien betrogen.

Der Zündholztrust als Weltbankier.

Es vermittelt Frankreich 300 Millionen Goldmark.

Paris, 10. November. (Eigenbericht.)

In der Finanzkommission der Kammer stellten die Sozialisten Fragen über die von dem schwedischen Zündholztrust vermittelte 75-Millionen-Dollaranleihe. Die Sozialisten wünschten vor allem eine Auskunft über die Gegenleistungen, die Poincaré dem Zündholztrust gewährt habe. Eine einwandfreie Auskunft auf diese Anfragen erfolgte nicht.

*

Der schwedische Zündholztrust, der ein Weltmonopol aufbaut, hat den Rest der Frankreich zugesagten achtprozentigen Morgan-Anleihe ausgezahlt und selbst übernommen. Frankreich hatte das Geld nicht direkt bekommen können, da amerikanische Banken so lange keine Anleihen gewähren, als die Schuldverpflichtungen Frankreichs gegenüber Amerika nicht geregelt sind. Für seine Vermittlung ist dem Zündholztrust der Vertrag für die Lieferung von Material und Maschinen für die französische Zündholzmonopolverwaltung verlängert worden. Das Schweigen Poincarés bestätigte die Vermutung der französischen Sozialisten.

Mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuße.

Verächtliche Kampfesmethoden des DHV.

Das von den im AfA-Bunde zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbänden für die Wahl der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung aufgestellte Wahlprogramm zum Ausbau der Angestelltenversicherung ist einleuchtend und klar. Es findet die Zustimmung aller denkenden Angestellten. Diesen nachhaltigen Eindruck suchen die im Hauptausschuß zusammengeschlossenen Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Verband weiblicher Handels- und Bureauangestellten usw.) durch Verbreitung wahrheitswidriger Behauptungen über die Bestrebungen des AfA-Bundes zu zerstören.

Das tollste an Verdrehungen leistet sich jedoch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband in Flugschriften und Zeitungsartikeln. Bösartig verleumderisch ist es, wenn darin gesagt wird:

„240 Millionen Mark, annähernd die Hälfte aller Rücklagen, sollten unserer Standesversicherung abgepreßt werden, um die finanziell schwache Invalidenversicherung zu sanieren, wenn es nach dem Willen der sozialistischen Arbeiter gegangen wäre. Das verlangt klipp und klar das Organ des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschafts-Zeitung", in ihrer Nr. 34/1926. Der AfA-Bund hat kein Wort gegen diesen Raubzug gesagt."

Um was handelt es sich hier? Da ist zunächst festzustellen, daß es sich hier nicht um eine Meinungsäußerung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern um die eines freien Mitarbeiters, nämlich R. Fette, handelt. Das geht deutlich aus dem Aufsatz hervor, ebenso deutlich geht aber auch hervor, daß die phantasievolle Zahl von 240 Millionen Mark das rechnerische Ergebnis bei Anwendung der bisherigen Methode der Errechnung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung wäre. Niemand, selbst Fette nicht, hat diese Zahl für Ernst genommen. Darin liegt bereits die erste Beugung der Wahrheit durch den DHV.

Für seine Kampfmethode ist jedoch weit kennzeichnender die Tatsache, daß bei der endgültigen Festsetzung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung die Vertreter des DHV. entscheidend mitgewirkt haben. An den entsprechenden Verhandlungen des Reichstags waren Herr Thiel vom DHV. als volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und Herr Diller vom DHV. als Vertreter des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Aus dem amtlichen Verhandlungsbericht (Reichstagsdrucksache Nr. 3337) vom 6. April 1927 ergibt sich folgendes: Die Berechtigung der Ansprüche der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung begründete der Vertreter der Reichsregierung wie folgt:

Ab 1. Januar 1923 wurden die Angestellten aus der Invalidenversicherung herausgenommen; bei der Doppelversicherung haben gut dreiviertel der Angestellten zu der Invalidenversicherung gehört. Der Gesetzgeber hat diese Beitragszahler der Reichsversicherungsanstalt überwiesen, hat aber die Lasten aus den alten Renten für die Angestellten und ihre Hinterbliebenen bei der Invalidenversicherung belassen; die Arbeiter und ihre Unternehmer müssen aufkommen für die Invalidenrenten der Angestellten. Das hat der Gesetzgeber als eine Unbilligkeit empfunden und deshalb ausgesprochen, daß die Angestelltenversicherung hierfür aufzukommen habe. Die Schuld wurde bisher nicht bezahlt. (Amtlicher Bericht Seite 10.)

Dieser Anspruch der Invalidenversicherung wurde von allen Reichstagsparteien anerkannt. So erklärte beispielsweise der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei: „Ein Ausgleich müsse geschehen, und zwar nach Billigkeit und Gerechtigkeit." Von den gegenwärtigen Regierungsparteien lag ein Antrag Nr. 965 vor, der im Artikel IV eine Entschädigung von 40 Millionen Mark an die Invalidenversicherung vorsah. **Einer der Antragsteller war der volksparteiliche Abgeordnete Thiel vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband.** Die an diesen Reichstagsverhandlungen beteiligten Vertreter der Invaliden- und Angestelltenversicherung einigten sich im Verlaufe der Auseinandersetzungen auf 33 Millionen Mark Entschädigung, die die Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung zahlt. An dieser Vereinbarung war, wie bereits erwähnt, Herr Diller vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband als Mitglied des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Das fand dann seinen Niederschlag im Artikel IV des Gesetzes vom 8. April 1927.

So der wirkliche Sachverhalt, der ausreichend die verächtlichen Kampfesmethoden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes beleuchtet.

Frankfurt a. M. breitet sich aus.

Provinzialausschuß für Eingemeindung von Höchst und Griesheim.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eigenbericht.)

Im Auftrag des preußischen Innenministers beschäftigte sich der Provinzialausschuß der Provinz Hessen-Nassau am Mittwoch mit der Eingemeindung einer Reihe von Gemeinden und Städten in Frankfurt a. M. Es handelt sich dabei u. a. um Höchst a. M. und die Landgemeinde Griesheim. Die Einwohnerzahl Frankfurts würde dadurch um rund 73 000 auf 540 250 anwachsen. Der Provinzialausschuß vertrat einstimmig die Auffassung, daß die Eingemeindung im Interesse der industriellen Entwicklung Frankfurts unter allen Umständen dem preußischen Innenminister empfohlen werden müßte. Ein Teil der für die Eingemeindung in Frage kommenden Landkreise soll der Stadt Wiesbaden angegliedert werden. Dadurch würde Wiesbaden um rund 19 000 Einwohner auf 150 000 Einwohner steigen.

„Pelleas und Melisande."

(Städtische Oper.)

Stellen wir vor allem fest: dies Werk des Franzosen Claude Debussy geht uns noch an. Ein Menschenalter — eine Unendlichkeit nach heutigem Maßstab — trennt uns, nicht nur zeitlich, von den Tagen seiner Entstehung. Dennoch, es geht uns nahe; und vielleicht gar näher als denen, die damals wie heute das Neue um seiner Neuheit willen priesen. „Pelleas und Melisande" kam ihnen entgegen als verblüffendes Produkt jener Richtung, die von den anderen Künsten her nun reif war, letzte Musikermode zu werden: der „impressionistischen". Die impressionistische Mode also war da, sie saß sozusagen im Publikum und harrte des Künstlers, der sie erfüllte. Irrtum, zu glauben, daß es den Zwang irgend einer Kunstrichtung gäbe — ohne Publikum, das willig ist, sich ihm zu unterwerfen. Das impressionistische Kunstwerk will, wie es geschaffen wird, genossen werden: kennerisch, feinschmeckerisch, mit ästhetischem Behagen. Impressionismus ist und war, kurz gesagt, die Kunst letzter bürgerlicher Verfeinerung. Keine üble Sache vielleicht; doch eben eine Sache von damals. Doch eben nicht die unsere.

Was also bleibt, ziehen wir das Aesthetische ab, für uns übrig? Was bleibt von Maeterlincks Pelleas-Drama? Der Konflikt, den es behandelt, ist einer von denen, die immer wiederkehren, im Leben und in der Kunst. Zwei Menschen, nur für einander geschaffen; zwischen ihnen der unrechte Ehemann, an den die Frau geraten; und im Tod Vereinigung der Liebenden. Dies, in drei Worten, die Handlung; das ewige, ewig unerschöpfliche Tristan-Thema. Hier wird es von der behutsamen Hand eines Dichters abgewandelt; ohne festen Umriß verfließt alles Geschehen im Halbdunkel geheimnisvoller Vorahnungen, Gestalten und Dinge umgibt eine Welt des Märchenhaft-Unwirklichen.

Und den zart gedämpften Ton dieser Dichtung hat der Komponist Debussy mit wunderbarer Einfühlsamkeit klingen gemacht. Es ist, als hätte er das Innerste dieses Dichters erraten; oder als hätte der die verborgensten Kräfte des Musikers erschlossen. So danken wir dem Zusammenklang der beiden Persönlichkeiten ein Werk vollkommenster Stil- und Wesenseinheit. Die Musik lebt, sie schöpft die Kraft lebendiger Wirkung aus dem Drama, mit dem sie zu einem Ganzen verschmolzen ist. Und weil hier unmittelbar in Musik umgesetzt ist, was ein Dichter auf seine Weise einem ewigmenschlichen Gegenstand abgewonnen hat, darum ist die Oper „Pelleas und Melisande" eine Angelegenheit, die uns wahrhaft angeht.

Ein Werk, das uns nahe geht — das hat die Neuaufführung der Städtischen Oper (und der Beifall, den sie auslöst) erwiesen. Die Aufführung allerdings tut an dem Werk alles, was, am höchsten Maßstab gemessen, zu tun möglich ist. Ja, was sie ihm gibt, geht gewissermaßen noch über seinen Anspruch: Möglichkeiten der Partitur sind hier erfüllt worden, die kaum geahnt waren. Bruno Walter erlöst diese Partitur aus der blasierten Verschlafenheit, in die langjähriges Vorurteil sie gebannt, er macht unter dem Kunstverstand, von dem sie zeugt, ihre Seele frei, weckt ihre schlummernde Leidenschaft — und das Unwahrscheinliche geschieht, daß aus Impressionismus intensive Ausdruckskunst ersteht. Doch ihren impressionistischen Klangreizen bleibt das Orchester, das für solche Aufgaben in Berlin bald ohne Konkurrenz sein wird, nichts schuldig; es gab da Momente von zauberhafter Zartheit. Den Klang des Orchesters setzt Ludwig Kainer in Licht und Farbe um, die Bühne setzt ihn im rührend-zärtlichen Sopran Lotte Schönes fort und im mild strahlenden, jugendlich schlanken Tenor Hans Fidessers. Und im idealen Zusammenklang von Musik und Bühne, harmonischen Zusammenarbeiten von Pult und Regie — Bruno Walter und Karlheinz Martin — spiegelt sich jene Zweieinigkeit Debussy-Maeterlinck vollkommen wie ihr Werk in dieser Wiedergabe.

Klaus Pringsheim.

75 Jahre Onkel Toms Hütte.

75 Jahre sind jetzt vergangen, daß eins jener Bücher erschien, die Weltgeschichte machen und daher unvergänglich sind. Geschichtsschreiber sind sich darüber einig, daß die Erzählung „Onkel Toms Hütte", das Werk der damals ganz unbekannten Harriet Beecher-Stowe, das im Herbst 1852 erschien, einen Hauptanteil an der Entstehung des amerikanischen Bürgerkrieges hatte, der zur Abschaffung der Sklaverei führte. Dies Buch, die klassische Schilderung der Verhältnisse in den Südstaaten zur Zeit der Negersklaverei, hat gewiß manches in zu grellen Farben gemalt, da es die Herzen der Menschen erschüttern und zum Mitleid für die Unglücklichen entflammen wollte, aber dies Buch als eine auf Sensation berechnete Schauergeschichte abtun zu wollen, ist ein großes Unrecht. Es verkennt den Wert dieser Schrift, die gleich nach ihrem Erscheinen in Hunderttausenden von Exemplaren verkauft wurden, die seitdem in alle Kultursprachen übersetzt, in dramatischer Form auf den Bühnen gespielt wurde und noch heute leidenschaftlich verschlungen wird. Die Gestalt des Onkel Tom, des guten Negers, ist die bekannteste Figur aus dem Leben der amerikanischen Schwarzen, ein so lebendiger und überzeugender Charakter, wie ihn nur ein Künstler erschaffen konnte. In Harriet Beecher-Stowe war der Drang nach Menschdarstellung stärker als der Trieb, zu lehren und zu bessern. Was man in ihrem Buch als „Predigerton" bezeichnet hat, das ist die beste Wiedergabe jener streng religiösen Umwelt, die damals das Leben der amerikanischen Puritaner bestimmte und in der auch sie aufgewachsen war.

Ein Denkmal für Joseph Conrad. Dem aus Polen stammenden englischen Schriftsteller Joseph Conrad, der jetzt auch bei uns eine immer größere Gemeinde gewinnt, ist in Bishopsbourne, wo er die letzten Jahre gelebt hat, ein Denkmal gesetzt worden, dessen Kosten Verehrer aus allen Teilen der Welt aufgebracht haben.

Bilanz der Sowjetdramatik.

Immer wieder mußte die Sowjetpresse in den letzten Jahren mit Bedauern feststellen, daß der dramatische Nachwuchs der russischen Bühne bedenklich versage, so daß die Aufstellung eines revolutionären Spielplans mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Es scheint nun, als hätten sich die Bühnenschriftsteller der Sowjetunion einen energischen Ruck in der von der herrschenden Partei gewünschten Richtung gegeben, und schon das Jahr 1928 wird zeigen, inwieweit dieser Ruck vielleicht nur durch die aktuelle Nachfrage nach revolutionären Jubiläumsstücken bedingt war oder zugleich sich auch weiter auswirkend eine neue Entwicklungsphase bedeutet.

Ein Blick auf die sowjetdramatische Ausbeute der Spielzeit 1926 bis 1927 genügt, um den Fortschritt zu erkennen, den die Produktion an Revolutionsstücken sowohl quantitativ als qualitativ in der laufenden Saison aufweist. Allein die staatlichen und staatlich unterstützten (akademischen) Bühnen bringen in der Saison 1927/28 rund 40 neue kommunistische Theaterstücke heraus. Während in der vergangenen Saison kaum mehr als zwei Bühnenwerke den strengen Anforderungen einer Sowjetideologie entsprachen, gehen diesmal in den Jubiläumstagen mindestens zehn bedeutendere Stücke über die Bühnen der Sowjetunion, die nicht nur in hohem Grade zeitgemäß, sondern auch als starke Bekenntnisse einer proletarischen Weltanschauung anzusprechen sind. Die oben erwähnten zwei Revolutionsstücke sind das vom Moskauer Gewerkschaftstheater gespielte Studentendrama „Konstantin Terechin" („Rost") von Kirschon und Uspenski sowie Trenews „Ljubow Jarowaja" — der Volltreffer des Moskauer Kleinen Theaters.

In qualitativer Hinsicht ist bemerkenswert, daß die Befruchtung der Sowjetbühne anfänglich gerade von den Mitläufern der Revolution ausging — einer Gruppe von jüngeren Erzählern, die auch in Deutschland bekannt sind und deren „Hauptschlager" für die Bühne hergerichtet wurden. Es wären hier Namen zu nennen wie Leonid Leonow, Wsewolod Iwanow, Valentin Katajew, Isaak Babel. Iwanows „Panzerzug", Leonows „Untilowsk" und Babels „Untergang" sind künstlerisch ernst zu nehmende Versuche, die Wege der Revolution zu begreifen und innerlich zu vertiefen, wobei Babel uns mit einer etwas primitiv zurechtgestutzten Hegelschen Philosophie kommt, Iwanow das hohe Lied des Bauern anstimmt, und der Bauernsohn Leonow sich aus einem Dostojewskischen Mystizismus zum Taimenschen durchzuringen bemüht.

Als völlig geklärt stehen jetzt die Charakterbilder Alexej Tolstois und Konstantin Trenews da. A. Tolstoi hat das Gebiet dramatisierter politischer Zeitgemälde — wie seine „Verschwörung der Zarin" („Rasputin"), „Asef" — verlassen und sich der handfesten Sittenkomödie zugewandt, in der er Bilder und Konflikte von sozialer Bedeutsamkeit aufzurollen versteht. Das Herz des Arbeiters

So sieht der Moritzplatz heute aus.

Durch grüngestrichene Bauzäune ist der Moritzplatz in vier Inselchen geteilt, aus denen in luftigen Schuppen Betonmischmaschinen hochsteigen. Auf schmalen Geleisen rollen die Loren den nötigen Sand zu. Während unten der Tunnel der Untergrundbahn eingebaut wird, schieben und drängen sich über den schmalen, freigebliebenen Rand des Platzes Verkehrsmittel aller Art in lebhaftem Kreisverkehr. Rotgestrichene Pfeile und Ständer schreiben den Fußgängern ihren Gang vor. Nur die Straßenbahnen laufen im Kreuzverkehr zwischen den vier Inselchen auf ihren alten Geleisen. Bald werden sie Konkurrenz erhalten. Unmittelbar vor Wertheim und auf der gegenüberliegenden Seite zwischen Stallschreiber- und Oranienstraße werden die Eingänge zum U-Bahnhof Moritzplatz hinunterführen. Nach Ausbau der geplanten Linie Moabit—Treptow sollen zwei weitere Eingänge, die ebenfalls direkt vom Bürgersteig in die Tiefe führen, folgen. Zu Beginn des Winters wird der neue U-Bahnhof Kottbuser Tor dem Verkehr übergeben. Nach Fertigstellung der Hausunterfahrung Prinzen- Ecke Ritterstraße wird die neue Linie bis Bahnhof Neanderstraße, wahrscheinlich schon im Frühjahr, in Betrieb sein. Mit der Fertigstellung der Gesamtstrecke Neukölln—Gesundbrunnen rechnet man gegen Ende 1928, bis zu welchem Termin eine ganze Reihe neuer U-Bahnen dem Verkehr übergeben sein sollen.

Bayerns Sorgen.

Parker Gilbert und der bayerische Staatshaushalt.

Der bayerische Finanzminister Dr. Schmelzle nahm am Mittwoch im Rahmen der Beratung seines Etats im Landtag das Wort zur Denkschrift des Reparationsagenten Gilbert. Für den Staat Bayern habe das Memorandum bereits eine betrübliche Folge gezeigt, weil die Reichsregierung die Richtlinien der Beratungsstelle für Auslandsanleihen verschärft habe. Dadurch erscheine es zweifelhaft, ob der Staat Bayern seinen Anleihebedarf für die nächsten zwei Jahre werde decken können. Der bayerische Staatshaushalt drohe damit in eine außerordentlich schwierige Lage zu kommen, denn wenn das Reich nicht Hilfe leiste, sei zur Deckung des Defizits im ordentlichen wie im außerordentlichen Haushalt eine Anleihe unumgänglich.

Der größte Fehler der Denkschrift Gilberts sei ihre einseitige Einstellung auf die Wirtschaft. Sie verkenne völlig die allgemeinen Zusammenhänge der Wirtschaft mit der öffentlichen Hand. Der Generalagent übersehe vor allem, daß die Länder die Träger der Kulturaufgaben im Reiche sind und diese Kulturaufgaben nicht unerfüllt bleiben können, ohne daß diese Wirtschaft nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt darunter Schaden leidet. **Was würde aus der Wiesschaft werden, wenn unsere technischen Hochschulen und unsere Universitäten von ihrer stolzen Höhe herabsteigen müßten, wenn ihre Lehr- und Forschungstätigkeit nicht mehr in dem durch den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft bedingten Umfang fortgesetzt werden können? Was solle aus der deutschen Qualitätsarbeit werden, auf der unser Export beruht, wenn unsere Volksschulen, Fortbildungsschulen und Fachschulen ihren hohen Stand nicht mehr behaupten können?** Eine deutsche Volkswirtschaft, die jährlich 2½ Milliarden für Reparationen zahlen soll, habe einen gewissen kulturellen Hochstand zur Voraussetzung. Die Aufrechterhaltung dieses Hochstandes erfordere Kosten, und diese Kosten seien Produktionskosten der deutschen Wirtschaft. Diese Erwägungen hätten bereits die Sachverständigen des Dawes-Plan außer acht gelassen, und daß nunmehr auch der Generalagent diesen Fehler fortsetze, mache seine Kritik an der öffentlichen Wirtschaft der deutschen Länder und Gemeinden zu einer sachlich unrichtigen.

Am Schlusse seiner Rede betonte der Finanzminister wiederholt das dringende Gebot allergrößter Sparsamkeit auch für den Staat Bayern. Dabei gab er ein Bild der Verwaltungskosten des bayerischen Staates. Sie hätten sich gegenüber 1913 um rund 64 Proz. gesteigert. Die Ursache dieses Mehraufwandes liege in der Vermehrung der Ausgaben, die eine Vermehrung des Personals und dabei auch eine Steigerung des Nominalgehalts der Beamten notwendig machten. Das durchschnittliche Nominalgehalt eines bayerischen Verwaltungsbeamten habe im Jahre 1913 2365 M., im Jahre 1927 dagegen 4379 M. betragen.

Wiking-Prozeß vor dem Reichsgericht.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Leipzig, 10. November. (Eigenbericht.)

Am 18. November wird vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts in der Beschwerdesache des Geheimbundes „Wiking" verhandelt, der wegen seiner Staatsgefährlichkeit kurz nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik im April d. J. auch im Freistaat Sachsen verboten und aufgelöst wurde. Gegen dieses Verbot hat der Leiter des Wiking-Bundes im Freistaat Sachsen, Kapitänleutnant a. D. Manfred von Killinger, Beschwerde erhoben. Da inzwischen der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben worden ist, wird sich der 4. Senat des Reichsgerichts unter Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner zum ersten Male mit dieser Verwaltungssache beschäftigen.

Die Verhandlungen werden wegen Staatsgefährdung zum größten Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden.

---

publikums hat sich aber der Bauernsohn Trenew mit seiner „Ljubow Jarowaja" erobert — ein farbensattes, mit epischer Mitteilfreude vorgetragenes Revolutionsdrama —, so daß Trenew, wohl als der erste echte Sowjetdramatiker aus eigenster Ueberzeugung, vermutlich eine neue Wendung der russischen Dramatik einleitet. Eine Anzahl interessanter Stücke verdankt das Sowjettheater ferner Autoren wie Jurjin, Schapowalenko, Schkwarkin, Romaschew, Tretjakoff, Schtscheglow.

Daneben betätigt sich mit viel Erfolg eine Gruppe dem Proletarierstande entstammender Bühnenschriftsteller: Glebow, der in seinem Stück „Macht" mit erstaunlichem Bühnengeschick einen sozialen Querschnitt durch das Gebrodel der treibenden Grundmächte des Oktoberumsturzes gibt; Bill-Belozerkowski mit seiner frischen Begabung für die Komödie; Fjodor Gladkow, der mit der Dramatisierung seines bekannten Zeitromans „Zement" künstlerisch durchaus erfolgreich war; der erwähnte Kirschon, und endlich Tschischewski. Die proletarischen Schriftsteller, die das neue Leben und die Weltanschauung der Arbeiterschaft naturgemäß unmittelbarer widerzuspiegeln vermögen als die Mitläufer und sonstigen Revolutionsgenossen, haben bereits Werke aufzuweisen, die nicht nur durch ihre gedankliche Geschlossenheit Achtung erzwingen, sondern auch in formaler, künstlerischer Hinsicht neuartige Vorzüge besitzen.

G. Sp.

Karl Scharlons Marionettentheater gibt an einigen Nachmittagen der Woche im Deutschen Künstlertheater Kindervorstellungen. Man sah in der ersten Aufführung die Märchen „Die drei Wünsche" und „Hans, der das Gruseln lernen wollte", die ihren Erfolg bei den Kindern unbestreitbar der Mitwirkung des Kasperl zu danken hatten. Kasperl konnte lachen, daß ihm dabei der Bauch wackelte, und seine kleinen Zuschauer mit fröhlicher Heiterkeit angesteckt wurden. Aber weshalb wird eigentlich so selten der Versuch gemacht, das Marionettentheater zu modernisieren? Dekorationen, wie das Waldbild in den „Drei Wünschen", mögen vor 25 Jahren schön gewirkt haben. Die Kinder unserer Zeit fordern Bilder von größerer Klarheit und Einfachheit. Weit mehr Beifall als die Märchen fanden die sehr hübschen Varietészenen, bei denen die Puppen vollkommenste Gelenkigkeit — und also unerhörte Fähigkeiten — entwickelten.

uf.

Kunstchronik. Die Galerie Ferdinand Möller, jetzt Schöneberger Ufer 38, hat eine umfangreiche Ausstellung von Gemälden, Aquarellen und Zeichnungen Erich Heckels eröffnet.

Die Verleihung des Schillerpreises. Die zur Verteilung des Schillerpreises berufene Kommission hat dem preußischen Staatsministerium als gemeinsame Träger des Schillerpreises die Dichter Hermann Burte, Fritz von Unruh und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesem Vorschlag entsprochen.

Deutsche Kunst in Paris. Das Welttheater veröffentlicht bereits sein Programm für das kommende Jahr. Im Mai und Juni werden zahlreiche ausländische Künstler gastieren. Max Reinhardt leitet die Regie zweier Mozartopern, die musikalische Leitung hat Bruno Walther.

Die Taschendiebe rühren sich!

Ein Viehhändler um 20 000 Mark bestohlen.

Die Taschendiebe, die in der letzten Zeit etwas ruhiger gewesen waren, rühren sich jetzt wieder bedenklich. Um so mehr ist Vorsicht geboten.

Einen schweren Schlag erlitt gestern ein Viehhändler aus Braunschweig, der über Osbisfelde um 4 Uhr morgens in Berlin eintraf, um von hier nach Königsberg i. Pr. weiterzufahren. Weil sein Zug erst um 8 Uhr abging, setzte er sich im Restaurant des Bahnhofs Friedrichstraße an einen Tisch, an dem andere Leute bereits Platz genommen hatten. Erst als er kurz vor 8 Uhr die Fahrkarte nach Königsberg lösen wollte, entdeckte er, daß seine Brieftasche, die er bei der Ankunft in Berlin noch gefühlt zu haben glaubte, aus der Jackettasche verschwunden war. Obwohl er die ganze Zeit über nicht eingeschlafen war, hatte er doch nichts gemerkt. Die gestohlene Brieftasche, die aus starkem schwarzbraunen Leder besteht, enthielt nicht weniger als 20000 M. in gebündelten Tausend-, Hundert- und Fünfzigmarkscheinen. Das Geld sollte zu Vieheinkäufen in Ostpreußen dienen. Der Bestohlene kann keine bestimmten Angaben machen, da er in seiner Arglosigkeit auf die am Tisch Sitzenden nicht weiter geachtet hat.

Eine Dame aus Charlottenburg wollte nach dem Süden reisen und vorher auf dem Wochenmarkt an der Suarezstraße noch einkaufen. Damit es ihr in ihrer Abwesenheit in der Wohnung nicht gestohlen werde, nahm sie ihr Geld, 700 M. in Hundertmarkscheinen, 25 Dollar und 25 M. in Silbergeld in der Brieftasche nach dem Markte mit. Dort half ihr eine Russin beim Halten des Marktnetzes. Erst nach dem Weggang dieser freundlichen Helferin entdeckte die Dame, daß ihr die Brieftasche aus der Handtasche gestohlen war. Die Diebin kann nur die Russin sein, eine Frau von etwa 50 bis 60 Jahren, die etwa 1,65 Meter groß und stark geschminkt war.

Auf dem Autobus der Linie 2 wurde in den ersten Nachmittagsstunden eine Dame auf der Fahrt von der Joachimsthaler Straße nach der Charlottenstraße im Gedränge um ihr schwarzes Lackledersportemonnaie bestohlen, das 50 M. bares Geld und einen goldenen Damenring mit einem Smaragden und je drei Brillanten auf jeder Seite bestohlen.

Durch die Aufmerksamkeit von Kriminalbeamten wurde in einem weiteren Fall ein von Dieben Heimgesuchter vor Schaden bewahrt. Zwei internationale Taschendiebe, die vom Ausland her der hiesigen Kriminalpolizei bereits gemeldet waren, ein 30 Jahre alter J. Höllman und ein A. Millstone, die beide aus Warschau stammen, waren auf dem Kurfürstendamm aufgetaucht. Gestern abend beobachtete ein Beamter der Taschendiebstreife die beiden nach der letzten Vorstellung in der Garderobe des Kinos. Höllmann zog sich, augenscheinlich mit Absicht, seinen Mantel so ungeschickt an, daß er mit seinen Windungen und Drehungen einen anderen Besucher ins Gedränge brachte. Diese Lage nützte Millstone aus, und zog dem Bedrängten die Brieftasche mit 1200 M. aus der Gesäßtasche. Jetzt griff der Beamte zu und packte die beiden Diebe zu gleicher Zeit. Der Bestohlene erhielt die Tasche sofort zurück. Die Ertappten gaben, was bei internationalen Dieben selten vorkommt, den Diebstahl zu und leugnen auch nicht, was noch seltener ist, sich schon länger zu kennen. Sie wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Durch Auspuffgase betäubt.

Von einem eigenartigen Unfall wurden gestern nachmittag fünf Studenten der Technischen Hochschule Charlottenburg betroffen. Die jungen Leute hatten einen Sonderwagen der Abaag gemietet und waren zu der Besichtigung eines Industrieunternehmens nach Hennigsdorf hinausgefahren. Auf der Rückfahrt schliefen fünf der jungen Leute ein. Bei der Ankunft in Charlottenburg wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß die fünf Studenten bewußtlos auf ihren Plätzen saßen. Sie wurden sofort ins Freie geschafft und gleichzeitig der Arzt der nächsten Rettungsstelle alarmiert, der eine Kohlenoxydgasvergiftung feststellte. Nach längerer Behandlung konnten die Bewußtlosen ins Leben zurückgerufen werden. Sie konnten ihren Weg allein fortsetzen. Nach den polizeilichen Ermittlungen haben sich im Wagen Kohlenoxydgase angesammelt. Die Direktion der Aboag steht, wie sie uns mitteilt, vor einem Rätsel. Die Heizung erfolgt mit Frischluft und es ist unerklärlich, wie Auspuffgase, die bekanntlich Kohlenoxydgas enthalten, in den Wagen gelangt sind. Es ist dies seit vielen Jahren der erste Fall.

Königliche Reichsbahn.

Nette Zustände herrschen bei der Reichsbahn, und zwar in diesem Fall im Direktionsbezirk Erfurt. Uns liegen drei Frachtbriefe vom September und Oktober 1927 vor, in denen der Wiegestempel jedesmal lautet: Kgl. E.-Dir. Bez. Erfurt Großneuhausen. Wenn der Gütervorsteher von Großneuhausen, oder wer sonst dafür verantwortlich ist, die Dreistigkeit besitzt, sich heute noch eines königlichen Stempels zu bedienen, so ist er nach der Ansicht aller Republikaner für seinen Dienst im neuen Staat ungeeignet. Diese Auffassung dürfte um so mehr berechtigt sein, als man in Großneuhausen auch sonst nicht auf der Höhe zu sein scheint. Man schrieb dort in einem der genannten Frachtbriefe vom 21. Oktober eine Sendung Kartoffeln mit einem Gewicht von 800 Kilo aus, während die Sendung in Wirklichkeit nur 400 Kilo wog. Die Folge war, daß der Berliner Empfänger Fracht für 800 Kilo bezahlen sollte und große Scherereien und Zeitversäumnisse hatte. In der Güterverladestelle der Reichsbahnstation Großneuhausen scheint eine wahrhaft königliche Unordnung zu herrschen.

Rückblick auf die Sechs Tage.

Beginnen wir mit der letzten Stunde: ein vollbesuchtes Haus erwartet mit Spannung einen harten Endkampf. Die letzte Stunde brachte nichts. Sie brachte nur den Sieg der Mannschaft Dewolf-van Kempen, den man ja erwartet hatte, als diese Mannschaft in der fünften Nacht durch Ueberrundung zur Spitzengruppe aufrückte. Die Punkte, die zur Besetzung der Führung des Feldes nötig waren, holte der fliegende van Kempen, dessen Fahrtechnik sich erheblich gebessert hat. Die zweite Mannschaft war Tietz-Thollembeek. Tietz fuhr groß, was man jedoch von Thollembeek trotz seiner Stärke nicht sagen kann; das bewies sein plötzliches Abstoppen bei Jagden, die Tietz geschickt auszuwerten verstand. Die dritten dieses Rennens, Ehmer-Kroschel, waren für den Sportpalast Kassenmagneten. Sie haben ein Rennen geliefert, das sich sehen lassen konnte. Hinter Kroschel-Ehmer folgten Kroll-Miethe. Ihr Anfang war mäßig, sie wurden dann stärker und zeigten am Sonntagnachmittag in einer harten Jagd wirkliches Können. . . . Rausch-Hürtgen hätten einen anderen Platz verdient! Beide sind gut aufeinander eingefahren, verteidigten in prächtiger Manier ihre Position und lieferten ein ehrliches Rennen. Junge-Behrendt und Wambst-Lacquehay beschlossen das Feld, nachdem sie ganz gemütlich in der letzten Stunde ihre Verlustrunde abstreichen konnten. Und damit ließen sie es gut sein. Für die Franzosen ist die letzte Stunde wirklich keine ehrende Angelegenheit. Wollten sie nicht — oder konnten sie nicht? Eine Frage, die die beiden nur selbst beantworten können!

Noch eins hat dieses Sechstagerennen gezeigt, ähnlich wie im 15. Sechstagerennen: die Macht der Fahrradindustrie. Damals fuhren in der letzten Stunde Dewolf-Stockelynck für Mac Namara-Horan. Beide Mannschaften hatten gleiches Fabrikat. Im „19. Berliner" gab es einen Thollembeek auf Semper und einen Tietz auf Misa, zusammen eine Mannschaft, die aus erklärlichen Gründen nicht gut zusammenarbeiten konnte! Vielleicht kann der BDR. auf Veranstalter, Fabriken und auch Fahrer jenen Einfluß haben, der im Interesse des Radsports hier sehr notwendig ist.

Der Herr Oberpostsekretär steht daneben!

Seit einigen Wochen sind in den Postämtern Berlins Plakate angebracht, die den Postbeamten nahelegen, für ein Heldenbuch — das ist ein Gedenkbuch für die im Kriege gefallenen Postbeamten —, das demnächst in dem neuen Verwaltungsgebäude am Lietzensee der Oeffentlichkeit übergeben werden wird, Spenden zu zeichnen. Nun begnügt man sich aber z. B. auf dem Postamt Berlin SW. 19 nicht damit, unter den Postbeamten eine Liste zum Einzeichnen auszulegen, sondern den Beamten wird bei der Gehaltsauszahlung eine, mit den Namen sämtlicher Beamten des Postamts ausgefüllte Liste zum Einzeichnen vorgelegt. Der Herr Oberpostsekretär steht in höchst eigener Person daneben und ermahnt jeden einzelnen Beamten, doch für die gute Sache etwas zu zeichnen. Unter diesen sonderbaren Umständen sind natürlich die meisten Beamten wohl oder übel gezwungen zu zahlen, um sich bei ihrem Vorgesetzten nicht mißliebig zu machen. Einzelne Beamte, die aus irgendeinem Grunde noch nicht ihren Obolus entrichtet hatten, werden nachträglich noch gemahnt. — Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Nation ihre Gefallenen dadurch am besten ehrt, daß sie für die Hinterbliebenen und für die Kriegsbeschädigten ausreichend sorgt. Wenn der Direktionspräsident Gentzke diese Sammlung trotzdem für notwendig hält, dann hat er auch darauf zu achten, daß keinerlei Zwang ausgeübt wird.

Die nichtbeleuchteten Schutzinseln.

Von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wurde folgende Anfrage an den Magistrat eingebracht: Infolge Nichtbeleuchtung bzw. ungenügender Kennzeichnung von Verkehrsschutzinseln mehren sich in der letzten Zeit die Verkehrsunfälle. Wir fragen deshalb: Was gedenkt der Magistrat zu tun, um die Schutzinseln bei eintretender Dunkelheit besser kenntlich zu machen?

Unter den Rädern des Stadtbahnzuges. Auf den Gleisen der Stadtbahn in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Zoologischer Garten, wo gegenwärtig Umbauarbeiten vorgenommen werden, ereignete sich heute früh gegen 7 Uhr wieder einmal ein tödlicher Unfall. Der 30jährige Bauarbeiter Walter Kaiser aus der Rosinenstraße 10 in Charlottenburg wurde von einem einfahrenden Stadtbahnzug erfaßt und schwer verletzt. Der Verunglückte wurde in hoffnungslosem Zustand in das Wilmersdorfer Krankenhaus in der Achenbachstraße gebracht, wo er gegen 8 Uhr an den Folgen schwerer Körperverletzungen starb. Nach den bisherigen Feststellungen soll Kaiser nach Ertönen des Signals das Gleis zu spät verlassen haben.

Konflikt in der Metallindustrie.

Morgen Streikabstimmung der Eisenformer.

Eine außerordentliche Funktionärkonferenz der in den VBMJ.-Betrieben beschäftigten Eisenformer nahm Mittwochabend zu der Ablehnung der Lohnforderungen durch den Verband Berliner Metallindustrieller Stellung. Die Funktionäre waren sehr empört darüber, daß der VBMJ. jede Lohnerhöhung glatt abgelehnt hat, trotzdem in seinen Betrieben eine außergewöhnlich gute Konjunktur herrscht.

Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion, morgen, Freitag, in allen Berliner Eisengießereien eine Urabstimmung durchzuführen, in der über die Frage Streik oder Arbeit entschieden werden soll. Es wurde weiter beschlossen, am Donnerstag abend überall Betriebsversammlungen einzuberufen, in denen über das Verhandlungsergebnis berichtet werden soll. Trotzdem die Funktionäre es ablehnten, den Schlichtungsausschuß anzurufen, erklärte Genosse Koch vom Metallarbeiterverband, daß die Organisation entsprechend den statutarischen Bestimmungen die amtlichen Schlichtungsinstanzen nicht übergehen kann und alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen muß, bevor die Arbeit niedergelegt wird.

*

Die Organisation wird dieser Erklärung ihres Vertreters entsprechend auch handeln. Es ist daher zu erwarten, daß in den nächsten Tagen vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin der Konflikt der Eisenformer aus den VBMJ.-Betrieben zur Verhandlung kommt.

Ob es dort zu einer Einigung oder zu einem Schiedsspruch kommt, der von beiden Parteien angenommen wird, erscheint nach der gegenwärtigen Sachlage mehr als unwahrscheinlich. Nachdem der VBMJ. in den Verhandlungen ausdrücklich erklärt hat, daß „die Löhne der Former hoch genug" seien und er jede allgemeine Lohnerhöhung strikte abgelehnt hat, ist die Differenz zwischen den Auffassungen beider Parteien so groß geworden, daß ihre Ueberbrückung kaum noch möglich und daher der Streik unvermeidlich erscheint. Auf jeden Fall wird der Metallarbeiterverband die letzten Verhandlungsmöglichkeiten wahrnehmen, bevor er zum letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel greift.

Der VBMJ. will keinen Tarifvertrag.

Wie die „BS.-Korrespondenz" mitteilt, hat es der Verband Berliner Metallindustrieller abgelehnt, eine kleine Verhandlungskommission zu bilden, die gemeinsam mit einer gleich starken, aus Vertretern des Metallkartells bestehenden Kommission unter dem Vorsitz des Gewerberats Körner Vorschläge ausarbeiten sollte, auf deren Grundlage erneut über einen Tarifabschluß für die Facharbeiter der Berliner Metallindustrie verhandelt werden sollte.

Der Metallarbeiterverband hatte sich zur Bildung einer solchen Kommission bereit erklärt und auch bereits die Teilnehmer bestimmt. Obwohl dem Metallarbeiterverband bis heute mittag von der Ablehnung des VBMJ. nichts bekannt war, zweifeln wir nicht an der Richtigkeit dieser BS.-Meldung. Sie bestätigt eindeutig, was wir wiederholt betont haben, daß es dem Verband Berliner Metallindustrieller mit den Tarifverhandlungen nicht ernst war. Seine angebliche „grundsätzliche" Bereitwilligkeit zu einem solchen Tarifabschluß war nichts als eine faule Ausrede. Man wird nach dieser Komödie in Zukunft irgendwelchen Grundsatzerklärungen des VBMJ. keine Bedeutung beimessen können. Der VBMJ. hat sich als Tarifgegner entpuppt.

Kampf um die Angestelltenversicherung.

Kundgebungen des ZdA.

Am Dienstag fanden weitere Kundgebungen der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten statt, die wiederum einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen hatten.

In Charlottenburg und in Osten-Lichtenberg sprachen Reichstagsabgeordneter Hoch, Landtagsabgeordneter Meier, Stadtverordneter Bublitz und Sekretär Eschbach über die Bedeutung der Wahlen. Die zahlreich versammelten Angestellten bekundeten durch ihren Beifall ihre Zustimmung zu den Ausführungen der Redner und damit zu den Forderungen des AfA-Bundes. Auch hier wurden die Vorträge mit Gesängen von Arbeiter-Sängerchören umrahmt.

In einer öffentlichen Versammlung des AfA-Ortskartells Potsdam sprach Sekretär Swolinsky von ZdA. und hielt scharfe Abrechnung mit den bürgerlichen Verbänden, vor allem dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten versuchte die Stellungnahme seines Verbandes zu begründen, was allerdings auf allseitigen Widerspruch in der Versammlung stieß.

Alle Veranstaltungen waren von einer seltenen Begeisterung getragen, die sicherlich die beste Vorbedeutung für die am Sonntag stattfindende Wahl sein dürfte.

Was in Amerika möglich ist.

In Deutschland passiert das nicht.

(JBG.) Der Direktor für öffentliche Arbeiten und Bauten der Vereinigten Staaten teilte laut „American Federationist" den Unternehmern einer Brücke, die im Auftrag der Regierung gebaut wird, kürzlich mit, daß Ueberschreitungen des Achtstundentages mit einer Buße von 5 Dollar für jeden mehr als acht Stunden beschäftigten Arbeiter bestraft wird, wobei die Summe von dem Geld abzuziehen ist, das die Regierung diesen Unternehmern schuldet.

Die amerikanische Arbeiterbewegung führte einen langen Kampf, bis sie die strikte Einhaltung des Achtstundentages bei staatlichen Arbeiten zu erwirken vermochte. Nach verschiedenen unpraktischen Maßnahmen gelangte jedoch im Jahre 1912 ein Gesetz zur Annahme, das die Festlegung des Achtstundentages in den von der Regierung abgeschlossenen Kontrakten vorschreibt. Daß dem Gesetz allgemein nachgelebt wird, ist natürlich zu einem großen Teil auch darauf zurückzuführen, daß sich der Achtstundentag in den Vereinigten Staaten auch auf anderen Gebieten allgemein eingebürgert hat.

Kemaltürkische Koalitionsfreiheit.

Konstantinopel, 9. November. (Eigenbericht.)

Die Polizei hat das Bureau der Vereinigung zur Hebung der Lage der Arbeiterschaft geschlossen. Generalsekretär Sabri Effendi und zwei Vorstandsmitglieder, Ferid und Derwisch Pascha, sind in Untersuchungshaft. Obwohl die bisherigen Ermittlungen kein belastendes Material ergeben haben, sind sämtliche Bezirksverbände der Vereinigung aufgelöst worden!

Die „friedlichen" Zigarrenfabrikanten.

Sie suchen den Spieß umzudrehen.

Der Reichsverband der Zigarrenhersteller stützte sich bei seinem Aussperrungsbeschluß auf wilde Streiks der Arbeiter. Wie es aber mit diesen „wilden Streiks" in Wirklichkeit bestellt ist, ergibt sich deutlich aus dem Beispiel der Firma Dathmann, Bernhalm u. Schmidt in Leipzig. Diese Firma richtete am 7. Oktober an ihren Betriebsrat folgendes Schreiben:

„Nachdem die Sortierer, Kistenmacher und Fertigmacher beschlossen haben, morgen in den Streik zu treten, sehen wir uns als Abwehrmaßnahme veranlaßt, der übrigen Belegschaft unserer Firma für den nächsten Freitag zu kündigen."

Bevor also die Arbeit eingestellt worden war, wurde der Arbeiterschaft des Betriebes gekündigt.

Wenige Stunden bevor die Vertreter des Reichsverbandes mit den Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zusammenkamen, angeblich, um mit ihnen über eine friedliche Beilegung der Bewegung zu verhandeln, waren die Herren mit ihrem Großen Ausschuß versammelt. Die „Süddeutsche Tabakarbeiterzeitung" berichtet darüber:

Der Große Ausschuß des R. d. Z., in dem sämtliche Bezirksgruppen vertreten sind, faßte in seiner am 26. Oktober 1927 in Berlin, „Hotel „Russischer Hof", stattgefundenen Tagung einstimmig folgende Entschließung:

„Dem Beschluß der Tarifkommission, die Gesamtaussperrung zum 12. November 1927 zu verfügen, wird in vollem Umfange zugestimmt. Nachdem die tarifwidrig streikenden Arbeiter die Arbeit trotz aller Bemühungen nicht wieder aufgenommen haben und im Gegenteil an vielen Stellen im Reich in auffallend gleichmäßiger Weise weitere Forderungen gestellt werden, bleibt zur Verteidigung des Tarifvertrags kein anderes Mittel übrig. Da es sich um eine Entscheidung handelt, die auf Jahre hinaus von grundsätzlicher Bedeutung ist, fordert der Große Ausschuß von allen Mitgliedern, mit aller Energie die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen. Er beauftragt gleichzeitig den Vorstand, unter schärfster Durchführung aller ihm satzungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel im gleichen Sinne zu wirken."

Kann man noch „friedlicher" in Vergleichsverhandlungen eintreten?

Verlegenheiten der Aussperrer.

Das erwähnte Organ der Fabrikanten gab am 6. November einen Situationsbericht, der für — sagen wir — die Naivität dieser Unternehmer charakteristisch ist.

„Seit unserem letzten Berichte sind noch weiter in verschiedenen Bezirken und an mehreren Orten die Arbeiter in den Ausstand getreten. Indessen erfolgt die Niederlegung der Arbeit so unregelmäßig, daß es schwer ist, eine planmäßige Organisation des Ausstandes zu erkennen, mit Ausnahme eines allerdings recht schwerwiegenden Faktums. In den weitaus meisten Fällen verblieben die bei der Herstellung der Zigarren tätigen Arbeiter (nach der Kündigung „zum Zwecke der Aussperrung". D. Red.) bei ihrer Beschäftigung, wogegen aber die Sortierer, Kistenmacher und Bekleber ihre Arbeit eingestellt haben. Während also in der Auswahl der bestreikten Betriebe bzw. Firmen eine systematische Anordnung kaum erkennbar ist, verrät die Auswahl der streikenden Arbeitskategorien (nach dem Aussperrungsbeschluß. Die Red.) offenkundig und klar eine wohldurchdachte Methode, welche verhindert, die Ware in den Verbrauch überzuleiten. Der Zigarrenhersteller ist infolge dieser Anordnung der Möglichkeit beraubt, die Zigarren an die Kundschaft abzuliefern; es entgeht ihm also nicht nur die Gelegenheit, die in der halbfertigen Ware investierten Mittel wieder hereinzubekommen, sondern er muß das Lager in dieser Ware nolens volens bis zum Ablauf der Kündigungsfrist weiter anwachsen lassen, da es ihm verwehrt ist, die fristlose Niederlegung der Packstubenarbeit durch eine fristlose Einstellung der Zigarrenanfertigung zu paralysieren. Die Verlegenheiten, die einem sehr großen Teil der Herstellungsbetriebe aus einer so erzwungenen Festlegung der Betriebsmittel erwachsen, kann nur derjenige in ihrer vollen Auswirkung schätzen, der einen Einblick in die überaus gespannte finanzielle Situation hat, welche in der Zigarrenindustrie gar häufig anzutreffen ist. . . ."

Also nicht etwa die Generalaussperrung der Aussperrer, sondern die Gegenwehr der Ausgesperrten soll an den Verlegenheiten schuld sein, in die sich die Unternehmer gebracht haben!

Sie drohen mit Schadenersatzklagen.

Die Pfiffigkeit der Unternehmer geht aber noch weiter. Sie versuchen, der Organisation ihrer Arbeiter, dem Deutschen Tabakarbeiterverband, nicht nur die Schuld zuzuschieben für ihren wahnwitzigen Generalaussperrungsbeschluß, sie suchen dem Verband auch juristisch beizukommen.

Weil die Kündigungen „zum Zwecke der Aussperrung" nach ihren Feststellungen „fast durchweg mit der sofortigen Arbeitsniederlegung durch die Sortierer und Fertigmacher beantwortet worden ist," gab die Bezirksgruppe des RdZ. ihren Mitgliedern folgende Anweisung:

„Wenn einer unserer Mitgliedsfirmen dasselbe passiert, bitten wir, uns das sofort zu melden.

Wir bitten weiter, die Arbeiter zu fragen, warum sie die Arbeit niederlegen. Wenn darauf die Antwort erteilt wird, daß das auf Veranlassung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes geschieht, bitten wir, uns die Namen der Arbeiter mit genauer Adresse mitzuteilen, die diese Behauptung machen."

Daraus ergibt sich die Absicht, dem Deutschen Tabakarbeiterverband aus den Antworten der Arbeiter einen Strick zu drehen. In einem Schreiben an den Verband hat sich der RdZ. Schadenersatzklagen vorbehalten. Haben die Aussperrer im Ernst geglaubt, die Zigarrenarbeiter würden die Kündigungen zur Aussperrung ruhig hinnehmen, alle notwendigen Arbeiten fertig machen und sich dann auf die Straße setzen lassen? Dann hätten sie die Geduld ihrer Arbeiter ebenso stark überschätzt wie sie deren gewerkschaftliche Schulung überschätzten.

Die Herren haben den Kampf, den sie gewollt haben, mit allen „Verlegenheiten", die sie noch erfahren werden. Wer derart leichtfertig mit dem Feuer spielt, darf sich nicht wundern, wenn er sich dabei die Finger verbrennt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Frisch geschlacht. junge, prachtvolle
Gänse 1.10
einzig i. Geschmack 9 bis 16 Pfd. schwer,
Wegner, Berlin SO Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

Alles Spezialgeschäft in
Kameigarn-Schlaf-Reise-Decken Strickjacken Bleyle Trikotagen Strümpfen
billigst. Tagespr.
Geschwister Pflaume, Berlin SW. Friedrichstr. 205 Ecke Zimmerstr.

Blumenspenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Golletz, vorm. Gebrüder Kurz
Mariannenstraße 3, Ecke Manteuffelstraße
Amt Moritzpl. 103 03

Einen gesunden Schlaf
und damit eine Kräftigung des ganzen Nervensystems erzielen Sie nur durch den echten „Baldravin"
Patentamtl. geschützt unter Nr. 342 684. Er enthält aktive Extraktivstoffe d. Baldrian-Wurzel in kräftigen Südwein gelöst. Alle Nachahmungen, die als ebensogut angeboten werden, weise man entschied. zurück.
Zu haben in Apotheken und Drogerien.
Hersteller: Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.

Total-Ausverkauf
wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts.

auch der Restbestand am 15. November bis auf das letzte Stück geräumt sein. Beeilen Sie sich!
Nur noch
4 Tage
bietet sich Ihnen diese noch nie dagewesene Einkaufsmöglichkeit. Schluß des Verkaufs am
15. November, abends 7 Uhr.
Bis dahin muß alles geräumt sein!
Deshalb Verkauf zu
jedem annehmbaren Preise!
Sie finden noch große Auswahl in
feinsten fertigen Herren-Winter-Mänteln und -Anzügen
Kommen Sie! – Staunen Sie!
Herrenbekleidung Gertraudtenstraße 24
gegenüber der Petrikirche.